Der „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 50 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, mit Postbestellgeld am Orte Mk. 2.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Redaktion 3141. Telephon Expedition 1206.

Nr. 98. Sonnabend, den 27. April 1907. 18. Jahrgang.

Russische Grausamkeiten.

Aus den Kreisen der russischen Revolutionäre wird uns ein Brief zugestellt, der gerade in diesen Tagen, da die Folterungen von Riga amtlich zugestanden werden mußten, von großem Interesse ist. Der Brief stammt vom Genossen Ssasonow, der wegen Ermordung der Bestie Plehwe zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden ist und wurde am 19. April während der Duma-Interpellation über die Mißhandlungen politischer Gefangener im Zuchthaus von Algatschy (Ost-Sibirien) vom Vertreter der sozial-revolutionären Partei, Uspensky, verlesen. Dieser Brief gibt ein erschütterndes Bild der Mißhandlungen und Folterungen, die gegen die Opfer der russischen Revolution angewandt werden, und bildet ein wertvolles Dokument zur Charakteristik der „konstitutionellen" Praxis des Herrn Stolypins.

Nach Schilderung der neuen Ordnungen im Zuchthaus von Akatui, wo er sich früher befand, und der nach Eintreffen des Chefs der Katorga stattgefundenen Greuel, schreibt Ssasonow folgendes:

Den 15. März verließen wir also Akatui . . . Beim Fortgehen aus Akatui wurde mir folgende Warnung zugestellt: „Seien Sie vorsichtiger; Sie sind auf das spezielle Gesuch von Borodulin dahin beordert und werden von hier übergeführt, weil man mit Ihnen dort etwas vor hat". Diese Warnung betraf gleichzeitig auch Stellmann. Diese Warnung war übrigens überflüssig, denn wir wußten ohnehin, daß uns Qualen und Mißhandlungen bevorstanden. Und als man uns nach Ankunft in Algatschy erklärte, daß man uns umkleiden und rasieren würde — außer der Wäsche, die wir trugen, hatten wir ohnehin keine eigenen Kleider — so sahen wir, daß die Mißhandlungen schon jetzt beginnen würden, und beschlossen zur Vermeidung langer Qualen schon jetzt zu protestieren.

In tiefer Nacht wurden wir unter Bedeckung einzeln in die Kanzlei geführt. Dort war alles feierlich: helle Beleuchtung, die ganze Administration, an den Türen Militär. „Mützen ab! Reißt ihnen die Mützen ab! Auskleiden! Reißt ihm die Kleider vom Leibe! Rasieren! Rasiert ihn mit Gewalt! so ertönte Borodulins Kommando, der bald erschien, bald hinter den Baionetten der Soldaten verschwand. Die Protestierenden wurden ergriffen, Kleider und Wäsche wurden ihnen vom Leibe gerissen, sie selbst mit Gewalt geschoren. Die beiden ersten Genossen, Stellmann und Rybnikow, besonders der erste, wurden von Kolbenschlägen blutig geschlagen. Borodulin schrie einmal um das andere: „Haut ihn mit dem Kolben! Haut auf den Kopf! Ich werd euch schon niederkriegen! Hier ist nicht Akatui . . . Nicht mal Knochen werden von euch übrig bleiben! . . ." Und dies alles geschah nicht irgendwo, sondern in feierlicher Umgebung, vor Augen einer vielköpfigen Gesellschaft . . .

Gegen Mitternacht waren wir endlich wieder in unserer gemeinsamen Kammer und konnten nun aus gemeinsamen Eindrücken ein volles Bild der gegen uns vollzogenen Verbrechen herstellen. Die ersten drei Tage unseres Aufenthalts waren denen der zum Tode Verurteilten und ihrer Hinrichtung gewärtigen gleich . . . Täglich, stündlich, ja jeden Augenblick erwarteten wir, auch des Nachts dejourierend, daß die Henker nahten, um mit uns endgiltig abzurechnen . . .

Und er kam, der Henker . . . Genosse Rybnikow stieß im Korridor auf Borodulin, nahm die Mütze nicht vor ihm ab und wurde dafür in den Karzer gesteckt. Wir konnten dessen gewärtig sein, daß man ihn dort zustande schlagen oder noch schlimmeres zufügen würde. Wir verlangten deshalb, daß Borodulin erscheine, und drohten widrigenfalls die Kammertür einzuschlagen. Borodulin erschien unter militärischer Bedeckung. Es ertönte das Kommando: „Stillgestanden!" Ohne uns zu rühren, entgegneten wir: „Wir stehen nicht auf. Holen Sie unseren Kollegen aus dem Karzer zurück, oder bringen Sie uns alle dahin, denn Rybnikow ist nicht schuldiger als wir." — „Maul gehalten! Ich hol mir, wen ich will! Nehmt mal jene beiden . . ." schrie Borodulin, auf zwei Genossen, die am äußersten Rande saßen, weisend. Die Soldaten stürzten sich auf ihre Opfer, wir aber ergriffen die Genossen und ließen sie nicht fort. „Haut sie mit den Kolben auf den Kopf!" schrie Borodulin. Es entstand eine wüste Schlägerei. „Ruten her!" schrie Borodulin. Diese wurden gebracht. Wir standen in einem Haufen zusammen, Hand in Hand, eine feste Kette bildend. Die Soldaten stürzten sich wieder auf uns; voll tierischer Wut stießen sie mit fletschenden Zähnen mit ihren Kolben auf uns ein. Bald wälzten sich drei Genossen in ihrem Blute. Die Soldaten hatten einen von uns ergriffen und in den Karzer geschleppt und standen nun vor uns, sich an ihrem Werke freuend. Hinter ihrem Rücken schaute Borodulin hervor. Fragend etwas hielt ihn davon zurück, uns, wie er gedroht hatte, mit Ruten peitschen zu lassen. Er befahl, uns die Betten fortzunehmen, kein warmes Essen zu geben, keine Spaziergänge zu gewähren und die „Parascha" (Abortkübel) während des ganzen Tages in unsere Kammer zu stellen. „Mögen sie wenigstens einen hellen Karzer haben," rief er höhnisch. Zwei von den in den Karzer gesteckten Genossen wurden mit Handschellen gefesselt.

Man spricht davon, daß Borodulin vom Chef der Katorga Instruktionen betreffs körperlicher Züchtigungen erwartet. Der einzige Ausweg für uns ist, im letzten Moment unseren Henker zu zwingen, uns zu töten. Das regste Mitgefühl des ganzen Zuchthauses, die Kriminalverbrecher mit inbegriffen, ist auf unserer Seite, obgleich Borodulin die letzteren durch Gewährung verschiedener Vorrechte zu gewinnen sucht, und es kostet uns viel Mühe, um die anderen Gefangenen von der Anteilnahme an unserem Kampf zurückzuhalten. Wenn eine Katastrophe ausbricht, wird es ein Meer von Blut und zahllose Opfer geben. Wir wagen nicht an einen glücklichen Ausgang zu glauben, sind aber ruhig, voll jener Ruhe, mit welcher die zum Tode verurteilten ihrer Hinrichtung entgegensehen. Es ist aber eines — den Tod eines aktiven Kämpfers zu sterben, und etwas anderes — als Opfer der Willkür einer Kreatur wie Borodulin zu fallen."

Es sei noch hinzugefügt, daß Borodulin einer der Organisatoren der Rigaer Folterungen ist und nach Sibirien mit der speziellen Funktion entsendet wurde, die Politischen auf der Katorga mit der Rigaschen Praxis vertraut zu machen. Also erfordert es die Logik des „konstitutionellen" Regimes Stolypins.

* * *

Just zu derselben Zeit, da dieser Brief geschrieben wurde, erhielten die Revolutionäre ganz Rußlands die Genugtuung, daß die bestialischen Folterungen politischer Gefangener (nicht nur Verurteilter!) amtlich zugestanden werden mußten. In einem Kommissionsbericht der Duma, der dadurch zu einem Dokument russischer Schande geworden ist, sind die amtlichen Erhebungen über die Grausamkeiten von Riga niedergelegt. Das amtliche Wolffsche Depeschenbureau teilt daraus folgende erschütternde Einzelheiten mit:

In dem Kommissionsbericht, dessen Richtigkeit vom Ministergehilfen Makarow in allen wesentlichen Punkten anerkannt wurde, heißt es u. a.: Mit dem Beginn der Strafexpeditionen in den baltischen Provinzen begannen auch die Folterungen von Gefangenen, um von ihnen Geständnisse zu erpressen, die gemäßigten, um sie erschießen zu lassen. In Riga wurde zum Zwecke der Folterungen eine Kommission gebildet, bestehend aus dem Gehilfen des Chefs der polnischen Polizei, mehreren Polizeikommissaren und Agenten. Diese Kommission war vom Staatsanwalt und der Gendarmerie-Verwaltung mit besonderen Instruktionen für ihre Tätigkeit versehen und vom Gouverneur mit dem Recht ausgestattet worden, politische Angeklagte ohne gerichtliches Verfahren zu töten!! Den Verwaltungsbehörden, dem Staatsanwalt und dem Gendarmerie-Obersten waren die Martern und Folterungen, denen Gefangene unterzogen wurden, bekannt. Ein Gefangener wurde von einem Polizeikommissar niedergeworfen, worauf der Kommissar auf der Brust des Gefangenen so lange herumsprang, bis ihm sämtliche Rippen gebrochen waren, und er, fürchterlich leidend, mehrere Tage lang keine Nahrung zu sich nehmen konnte, bis er dann erschossen wurde. Ein anderer wurde so lange auf die Waden geschlagen, bis alles Fleisch sich von den Knochen gelöst hatte. Einem dritten wurde das Geständnis, das man von ihm verlangte, buchstabenweise mit Kautschukknütteln auf den Rücken geschlagen. Diejenigen Gefangenen, die während der Folterungen nicht gestorben waren, deren Wunden aber auch nicht geheilt werden konnten oder dauernde Spuren hinterließen, wurden Nachts in der Nähe des Gefängnisses erschossen. Ein anderer Gefangener wurde von zwei Kosaken an Händen und Füßen gehalten und mit Gummiknütteln so lange geschlagen, bis der Erdboden von Blut troff. Um Geständnisse zu erzwingen, wurden gefangenen Weibern die Nägel von Fingern und Zehen gerissen, die Haare bündelweise ausgerissen, die Knochen an Armen und Beinen gebrochen. Die Martern und Foltern waren von der Polizeibehörde organisiert und unter ihrer Beteiligung ausgeführt. Ein Lehrer wurde gemartert, um das Geständnis zu erzwingen, er habe im Gouvernement Mohilew einen Polizeibeamten ermordet. Als sich herausstellte, daß er unmöglich der Mörder sein konnte, wurde er in das Gefängnis geschafft und nach etwa Monatsfrist wieder vorgeführt, um zu gestehen, daß er der Mitbeteiligte Beleniows bei dem Moskauer Bankraub gewesen sei. Er wurde solange mit Kautschukknütteln geschlagen und mit Strangulation bedroht, bis er alles gestand. Ein anderer wurde erst mit Kautschukknütteln, dann mit Eisenstäben geschlagen, worauf er auf den Boden gelegt und in die Wunden Zucker gestreut wurde. Andere wurden „massiert", indem man sie blutig schlug und die Wunden mit Salz einrieb. Ein anderer wurde auf eine Bank und auf seine Brust ein Brett gelegt, auf dem zwei Polizisten balanzierten, bis das Rückgrat gebrochen war, worauf er erschossen wurde.

Nicht das ist das Unerhörteste, daß in Rußland von Amts wegen derartige Verbrechen begangen werden, sondern daß die Regierung unseres Vaterlandes mit der Verbrecherkorona in Rußland immer noch diplomatische Beziehungen aufrecht erhält. Gerade, als wenn es ein Kulturland wäre!

Politische Uebersicht.

Militärfragen. Aus Berlin wird uns geschrieben: Im Reichstag wurde am Donnerstag die Beratung des Militäretats fortgesetzt. Unser zweiter Fraktionsredner in der Generaldebatte, Genosse Roske, wies mit Schärfe die Behauptung zurück, daß die Sozialdemokraten Deutschland ehr- und wehrlos zu machen beabsichtigten. Die strikte Erklärung hinderte aber den Kriegsminister nicht, eine neue Bronsartiade loszulassen. Ebenfalls mit säbelrasselndem Pathos beantwortete Herr von Einem die sehr begründeten Klagen des Polengrafen Mielczynski über den militärischen Boykott im Osten. Der übliche Schlußantrag des Blocks und Zentrum schnitt dem Genossen Bebel das Wort ab. Er wird auf die Säbelrasseleien des Ministers bei der dritten Lesung antworten. Die Debatte über die Etats verlief sich durchweg in Einzelheiten. Der verunglückte Versuch des sächsischen Antisemiten Hanisch, eine Jungfernrede loszulassen, brachte Heiterkeit in die Monotonie. Ein Dutzend Junker und Großbauern schrien nach höheren Preisen für Remontepferde. Eine dahingehende Resolution wurde gegen die Linke, natürlich ausschließlich der Nationalliberalen, angenommen. In der Spe-

Die Heiterethei.

Erzählung von Otto Ludwig

„Ja", schrie ein anderer, „er soll herunterkommen nicht können [illegible] Wenn ich nur gewollt hätt', ich hätt' [illegible]"

Der [illegible] meinte nach vergebens. Die Kinderpfeifen [illegible] machen. [illegible] „Was [illegible] denn nun? [illegible] ich [illegible] nichts besser und nichts schlimmer als ich bin, [illegible] alle mir [illegible] nicht."

„Ja" [illegible] „Das sind alles Sünden gewesen, der [illegible] alle in einer."

Ein anderer meinte: „Und vergessen [illegible] ich auch, das [illegible] aber [illegible] sagen können."

„Und ich?" fragte der Goldene-Fritz die Heiterethei, die neben ihm stand.

„Nein!" entgegnete sie heftig.

„Was Zukünftiges kann nicht werden", sagte der Fritz, „als das [illegible] Und du kann keiner mir was anwerfen, [illegible] gelacht worden."

„Aber [illegible] nicht leiden", erwiderte die Heiterethei nach [illegible]. „Auch [illegible] sie nicht auslachen."

„Ja, er hat's selb; angestellt! er hat's selber angestellt!" [illegible] „Es kriegt's einen wohlfeil, daß es [illegible] der Stadt. Er soll sich auch auslachen lassen, aber er ist [illegible] der Kerl."

„Da [illegible] nur so kommt!" sagte der Fritz. „Laß mich [illegible], Tonle, [illegible] hatten sie nicht."

Er [illegible] um [illegible] und [illegible] sich.

Die [illegible] am Lachen aufgerissen waren, [illegible] vor Verwunderung [illegible], wie man den Narren gehalten hat, und als [illegible] nach einer den Schlung [illegible] es war kein Gelächter [illegible] was [illegible] darauf des Staunens.

Dem Fritz [illegible] es so wenig um ihre Verwunderung zu [illegible] als er [illegible] fürchtete. [illegible] sich er den Zuschauern aus den Augen und sagte: „Ich hab' [illegible] Willen [illegible] das Bier nicht nach Wasser werden."

Alles sah ihn [illegible] der Kerzen, Schaft und Bewunderung. Von einer [illegible] zum Ringkampfe war den Abend nicht zu [illegible] [illegible] sich, da man [illegible] herum [illegible] wurden, [illegible] Gleichgewicht [illegible] Fritz [illegible] ich gestern Eure Reden ruhig angehört hab und gangen bin, das war hundert Mal mehr, als das mit dem Karren".

Die Braut aber saß schweigend dort, und die Druckflecken zeigten sich die gestern mit dunkler Röte auf ihren Wangen.

Als alles aufgebrochen war und der Fritz sie nach Hause führen wollte, riß sie sich los. „Daß Du's schon anfängst?" sagte sie, mühsam das Weinen vor Zorn unterdrückend. „Ich bin nicht, wie meine Mutter war, das sag ich Dir, und gefallen laß' ich mir nix. Jetzt hab ich das Weinen; die Nacht schlaf ich in meinem Häusle; mach Du, was Du willst; ich mach's auch. Und so ist's, und nu ist's fertig."

„In Deinem Häusle kannst Du nicht schlafen", sagte der Fritz, indem er sich an seinen Rockaufschlägen faßte. „Und das Häusle gehört mir nunmehr. Das wirst Du nicht aus dem Schlaf machen. Ich hab' Dich nicht, das hab ich Dir tausend Mal gesagt; doch nur's weg mit, wenn Du gehst, das weißt Du selber. Und deshalb kannst Du immer die Nacht nach bei meinem Häusle bleiben. Da bist Du doch ja gar aufgehoben, wie Du's in Deinem Häusle wärst. Wenn Du's willst, gehen wir an Deinem Häusle vorbei; ich hab's so im Sinn' gehabt, daß ich Dich morgen um Mitternacht vor der Trauung."

Das Mädchen erwiderte nichts, sie ging aber voran nach ihrem Häuschen zu, sie sehnte sich danach; vierzehn Tage lang hatte sie es nicht gesehen. Der Fritz, in dem eine neue Hoffnung aufgegangen war, drang ihr keinen Arm mehr auf, sondern folgte der Eilenden schweigend.

Es war eine jener kalten Sommernächte, wo man meint das Gras wachsen zu hören. Die Halme, von der Hitze des Tages [illegible] gen Boden niedergedrückt, tranken sich im Tau wieder frisch und richteten sich leise flüsternd in die Höhe. Aus [illegible] dem weichen Mantel der Nacht Lebendiges sein Weben [illegible] das [illegible] am Boden hin oder durchschnitt in [illegible] Kreise die Luft. Da trommelte der Osternbergerhanz, der Kuckucksvater, [illegible] sich leiser zu seinem Marsche den Takt, die Nachtfalter [illegible] ungeschickten Flügeln [illegible] die Blumen zu, [illegible] das sie mit schweren Flügeln abstreiften. Die [illegible] der Blüten der Nacht die schwarzen Augen mit ihrem [illegible] Duftgute. Der [illegible] Hunter [illegible] seine eigene Frau [illegible] Die und da flog ein Käfer um [illegible] umher und [illegible] vornehm nach jedem Tritte den Tau von den [illegible] Blättern.

Vor all diesem Leben und Treiben zu seinem Tage [illegible] merkte unser elendes Paar, in seine Gedanken versunken, nichts. Eine Weile [illegible] sie zwischen grünen Laden dahinab, dann an der einen grauen Hausmauer hin. Jetzt kamen sie unter die Fenster. Die Gitterläden waren [illegible] Fenster. Tief [illegible] sie [illegible] durch die Nacht. Das [illegible] alte [illegible] Häuschen konnte das nicht hin. Was aber war es [illegible] sonst? Hätte der Mond doch am Himmel gestanden, sie hätte gemeint, er vergolde mit einem Streifichte das alte Dach; aber er kam erst hinter dem Felsen an dem Häuschen in die Höhe. Der Fritz teilte ihr Erstaunen nicht; er lächelte, wie einer, der eingeweiht ist in das Geheimnis, dessen Eröffnung einen andern überraschen soll. Wenn er noch schneller eilte, als die Heiterethei so geschah's, um, was in ihr vorgehen möchte, in ihrem Gesichte zu lesen.

Und es war doch ihr Häuschen! Und war es doch auch nicht. Seine äußeren Umrisse waren es, aber auch nicht, da es seit seiner traurigen Veränderung durch den letzten Regen gelegt. Es hing nicht mehr im Innersten zusammen an dem Felsen, es stand mit wagerecht abschneidendem Dach gerad empor, so gerad, als sich die Heiterethei nicht erinnern konnte, daß es gestanden. Je näher sie kam, desto mehr [illegible] ihr Auge auf. Nicht allein die Lücke in der Lehmwand, die [illegible] alte Wand war fort. Dafür fehlte sich ein Netz aus schlanken Weiden gemacht und die Maschen mit Feldern von rotschimmernden Ziegelsteinen ausgefüllt, oben darauf ein lustiges Ziegeldach.

Sie stand wie leicht verletzt daher, bis der alte Dolmetscher aufrauschte wie vor Freude oder Schmerz des Wiederfindens. Da brach ihr ein Strom von Tränen aus den Augen, und sie fing die Hände und rief nur immer wieder aus dem tiefen Schmerz heraus: „Ach, mein gut, alt Häusle. Ach mein gut, alt Häusle!"

Erst meinte der Fritz bei sich: „Nu ebbs, Du Heiterethei! Nu muß sie heraus!" Als aber das Mädchen nicht aufhörte, aber ihr altes Häuschen zu kümmern, da ging's ihm selber nahe und er bereute fast, was er so gut gemeint.

„Aber, Tonle," sagte er begütigend, „es ist ja Dein alt Häusle noch, wenn's auch einen neuen Rock an hat gekriegt. Anwendig ist es noch gerad so, wie es gewesen ist. Was hat es alt Gesundheitsch, der hat nicht ein Teile umgeschlagen. Sein Dach ist bewegt, wie wenn er mein Bruder wär. Auch nicht das Kreischwandgemäuer darauf ist weg."

„Nein", sagte das Mädchen, „mein Häusle ist das nicht mehr. Das geht mich nur an. Ich hab' gedacht, wenn's nicht mehr geht, geh ich wieder in mein alt Häusle, und nu hab ich keines mehr. Nu hab ich nix mehr auf der Welt. Nu kann ich keines mehr in die Fremd'. Da hab ich nix mehr zu suchen."

Der Fritz bewegte die Hand [illegible] nach den Rockkappen, indem er erwiderte: „Ich hab' [illegible] nicht gedacht, daß Du Dir Sach' so wirst anstellen. Aber das ist's auch nicht. Du weißt's recht gut, daß ich's mir Dich aus Lieb' [illegible]."

„Ach", sagte die [illegible], „Dann Du mich nicht [illegible] plagen, und ich [illegible] nicht, wohin." [illegible] Du's [illegible] Du hast's [illegible] und [illegible] nicht [illegible]."

(Fortsetzung folgt.)

gialdebatte sprachen noch die Genossen Hoch und Noske. Der letztere polemisierte gegen die Remontepferde und der erstere konstatiert die antistädtische Kasernenpolitik der Heeresverwaltung. Gegen 7 Uhr vertagte endlich das Haus die Weiterberatung auf Freitag.

Das Abgeordnetenhaus begann am Donnerstag die dritte Lesung des Etats mit der üblichen Generaldebatte über die allgemeine politische Lage. Zum Worte gemeldet hatte sich der nationalliberale Abgeordnete Dr. Friedberg, als er aber sah, daß der einzige Dreiklassenwahlrechtserwählte sei, der Neigung zu einer politischen Debatte hätte, wollte er den Gottesfrieden der anderen Siebenschläfer nicht stören und verzichtete aufs Wort. Damit war die Generaldebatte über den Etat im Abgeordnetenhause zu Ende. Beim Etat der Ansiedelungskommission wurde dann über die Resolution Arendt (freikons.) abgestimmt, die noch schärfere hakatistische Maßregeln gegen die polnischen Bauern fordert. Sie wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt; es ergab sich jedoch sofort, daß die Konservativen und Nationalliberalen die Abstimmung nur verschlafen hatten, sie erklärten nachträglich, daß sie dafür hätten stimmen wollen. Der Fehler soll durch einen besonderen Antrag der Freikonservativen gelegentlich repariert werden. Beim Etat des Handelsministeriums gab der Minister Dr. Delbrück wiederum längere Erklärungen über die Ursachen der zahlreichen Bergwerksunfälle der letzten Zeit ab. Neues sagte er nicht; er beschränkte sich darauf, noch einmal seine Abneigung gegen Arbeiterkontrolleure und die Koalition der Arbeiter in „staatsfeindlichen" Gewerkschaften zu bekunden.

Am Freitag soll die dritte Etatslesung mit aller Gewalt zu Ende gepeitscht werden. Die Rücksicht, zu der der Reichstag sich jetzt entschlossen hat, indem er jetzt lange Sitzungen möglichst vermeidet, braucht das Abgeordnetenhaus ja nicht zu nehmen.

Vor der sozialdemokratischen Jugendorganisation haben die Parteien, welche bisher das Monopol der Jugenderziehung in Händen hatten, einigermaßen Wind. Im christlich-sozialen „Reich" hat der evangelische Pfarrer Paul Le Seur seine Erfahrungen über den Berliner Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter niedergelegt und diese Erfahrungen finden auch in der katholischen Presse aufmerksame Beachtung.

Der Eindruck, den Le Seur von den jungen Leuten aus deren Auftreten gewann, war im allgemeinen nicht ungünstig. Freilich ist auch deutlich zu erleben, daß bei manchen der jungen Leute der ihnen eingeimpfte Religionshaß bis zum wilden Fanatismus ausgeartet ist. Von größerer Bedeutung aber ist es, was Pfarrer Le Seur über das große Interesse erzählt, das die jungen Leute bezüglich Fragen der Religion und Weltanschauung verrieten. Sie traten unaufgefordert an ihn heran und wünschten eine Diskussion mit ihm in diesen Fragen, besuchten dann längere Zeit die Diskussionsabende des von Le Seur geleiteten evangelischen Jünglingsvereins und vertraten dort mit Eifer, Ernst und Geschick ihre Ideen.

Dieser Eindruck läßt in dem Herrn Pfarrer die Hoffnung aufkeimen, daß in den jungen Leuten „noch nicht alles verloren" sei. Er empfiehlt durch geschulte Anhänger der Kirche den Wortkampf mit ihnen aufzunehmen. Die Verwirklichung dieser Forderung würde bei unseren Genossen mit Freude aufgenommen werden, da der Ausgang solcher Geisteskämpfe allemal gezeigt hat, wie am Ende die Wahrheit siegt.

Arbeiter und Faulenzer auf Reisen. Zufällig gleichzeitig gehen zwei Reiseschilderungen durch die Presse. Die eine behandelt die Fahrt einer polnischen Arbeiterfamilie, die sich in Westdeutschland im Sommer ihr Brot verdienen will, und die andere gibt uns ein Bild vom Reisen reicher Faulenzer, die sich bemühen, das Geld, das sie den Arbeitenden abgestohlen haben, mit Vergnügen auszugeben. Ueber die Arbeiterreise wird in humoristischer Form berichtet:

Unverhoffte Reisefreuden wurden einem polnischen landwirtschaftlichen Arbeiter zuteil, dessen Frau ihm am Donnerstag während der Eisenbahnfahrt von Breslau nach Halle unterwegs in einem Wagenabteil vierter Klasse mit Zwillingen beschenkte. Mutter und Kinder [illegible] in Kassel [illegible] [illegible] [illegible]

[illegible] schreibt man aus Rom, haben einen [illegible] [illegible] [illegible] Millionen Mark [illegible] [illegible]

Ist es nicht eine „göttliche" Weltordnung, daß ein Faulenzer für eine Vergnügungstour soviel ausgeben kann, wie ein Arbeiter in seinem ganzen Leben an Lohn erhält? Wer unter solchen Umständen an die Gerechtigkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung glauben kann, der muß — wir können uns in diesem Falle nicht milder ausdrücken — ein [illegible] Dummkopf sein.

Dienstbotenschicksal. Ein Fall von roher Dienstbotenmißhandlung beschäftigte am Donnerstag voriger Woche das Schöffengericht in [illegible] bei [illegible]. Der Tatbestand, soweit er aus den Zeugenaussagen hervorging, ist folgender:

[illegible] eines Tages zu Anfang Februar mit der Luise Müller [illegible] mit dem [illegible] [illegible] die Luise Müller mit einer Zange [illegible] Möller [illegible] [illegible]

die Luise Müller kam nicht wieder hoch. Die Arbeiter beobachteten weiter, wie dann die Möller die mißhandelte Magd an beiden Armen packte und versuchte, sie ins Haus zu ziehen. Vor der Tür rief die Möller ihre Dienstmagd Viktoria. Mit Hilfe derselben wurde die Aermste nach ihrer Kammer geschleppt. Dort ließ man sie liegen, ohne sich weiter um sie zu kümmern. Das war ungefähr Nachmittags 5 Uhr. Abends gegen 6½ Uhr wollte der eine Knecht, der, um Häcksel zu holen, bei der Kammer der Luise Müller vorbeikam, das Mädchen durch Schütteln und Rufen ermuntern. Es nützte jedoch nichts, denn die Magd war bereits tot! Das ist der Sachverhalt, wie ihn die Zeugen schilderten. Also erst wurde die Luise Müller mit einem fingerdicken Stock mißhandelt und dann, als sie bewußtlos war, ließ man sie verrecken wie einen Hund. Die Angeklagte mußte selbst zugeben, geschlagen zu haben, trotzdem erkannte das Gericht auf — Freisprechung!!!

Die Urteilsgründe nehmen an, es sei eine Mißhandlung mittels eines gefährlichen Werkzeuges nicht erwiesen! Der für die Verfolgung einfacher Körperverletzung erforderliche Antrag war natürlich von der Toten nicht gestellt. Ob Berufung zur Prüfung der Frage eingelegt ist, ob solche Rohheit in der Tat nicht einmal strafrechtliche Sühne finden kann, entzieht sich unserer Kenntnis." Wie jammervoll rechtlos müssen sich die Landarbeiter fühlen, daß sie das rohe, schamlose Gebaren der Dienstherrin zuließen! Tierschutzvereine gibt es in Deutschland, Dienstbotenschutzvereine nicht.

Sie bitten. Die „St.-Johann-Saarbrückener Volkszeitung" meldet: Eine große Bergarbeiter-Versammlung, die gestern in Altenwald stattfand, sandte an den Handelsminister folgendes Telegramm: „Ew. Exzellenz bitten tausend in Altenwald versammelte christlich-nationale Bergarbeiter dringend, eine sofortige gründliche Untersuchung der Verhältnisse auf Grube „Altenwald" einzuleiten, damit die großen Mißstände, insbesondere die schlechte Löhnung und die schlechte Behandlung der Belegschaft, sowie die hohen Strafen abgeschafft werden, und sich die Erregung der Belegschaft wieder legt, das gute Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern wieder hergestellt werde." Mit Bitten ist im Klassenkampf nichts zu erreichen. Das sollten auch die Christlich-Nationalen schon eingesehen haben. „Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestritten", das Wort gilt hier mehr als anderswo.

Die letzten Arbeiten für die laufende Reichstagssession. In der letzten Sitzung des Bundesrates wurde den Ausschußberichten über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bestrafung der Majestätsbeleidigung, sowie über die Ergänzung zum Reichshaushaltsetat auf das Rechnungsjahr 1907 (Erweiterung des Kaiser Wilhelm-Kanals) Zustimmung erteilt. Heute, Freitag, soll die erstere dieser Vorlagen schon an den Reichstag gelangen.

Sächsisches Stückwerk. Das Ministerium des Innern beabsichtigt, kleineren Gärtnern fiskalisches Land zum Obst- und Gemüsebau pachtweise zu überlassen, um sie vor dem überhandnehmenden Spekulantentum in der Nähe von Städten zu schützen. Die Maßregel ist gut, aber zu wenig.

Das einzige Paarungsgesetz — einstimmig! Wie sich die „Post. Ztg." aus Berlin melden läßt, besteht Unstimmigkeit im Reichsamt des Innern wegen des [illegible], so daß dieses in der laufenden Reichstagssession nicht zur Vorlage kommen dürfte. — Ein glänzender Befähigungsnachweis des Blockgedankens für positive Arbeit.

Anständige Dividende. Die Inhaber der Aktien der [illegible] Feuer-Versicherungsgesellschaft [illegible] können mit dem letzten Jahresergebnis wiederum zufrieden sein. Seit [illegible] der Gesellschaft bewegte sich die Dividende zwischen **60—70 Prozent.** Das Geschäftsjahr 1906 schließt mit einem Gewinn von **1,981,647 Mark** ab, also noch **181,647 Mk. mehr**, als auf das [illegible] Mk. betragende Aktienkapital eingezahlt worden ist. Von dem Gewinn werden nach [illegible] Mk. für Beamten[illegible] Mk. [illegible] auf neue Rechnung vorgetragen. [illegible] die Aktionäre erhalten **1,290,000 Mk.** oder [illegible] **430 Mk.** [illegible] Prozent. [illegible] Millionen Mark [illegible]

Das Deutschtum — von Dr. Peters wiedergekäut. [illegible] „[illegible] deutschen [illegible]" [illegible] „Der deutsche Philister [illegible]" [illegible] „Die [illegible]" [illegible]

Einem das ausgewählte Deutschtum [illegible] und englische Zeitungen werden. [illegible]

Ewiger? der deutschen Volksschule. Die „Augsb. Postztg." teilt die [illegible] Mitteilung aus der „Münchener Ztg." mit, aus der [illegible] „[illegible] Schülern [illegible] Schiller [illegible]."

Im Augenblick des Eintretens [illegible] Antworten auf die Frage, wer Schiller war:

Der eine: „Er hat die Buchdruckerei erfunden."

Ein anderer: „Schiller war ein Mann, der alles kann."

Ein dritter: „Ich kenne den Schiller. Schiller ist ein wissenschaftlicher Mann."

Wieder einer: „Der Schiller war ein Dichter, weil er die [illegible] Gedichte gemacht hat."

Einer [illegible] „Die gestohlene Glocke" [illegible]

Er vermittelt die Kenntnis dem Volke die Kenntnis der großen Denker und Dichter.

Hygienisch und patriotisch. Ein [illegible] Postkarten[illegible] Inserat:

Hygienisch

werden bei allen [illegible]

[illegible]

Schinken mit Abbildungen

[illegible] Deutscher

Kaiser, Kaiserin, König Friedrich

August, Bismarck. Preis je nach Wunsch.

Hygienisch? Das ist keine [illegible] [illegible]

Ausland.

Bauern- und Sozialistenversammlungen in der Duma. [illegible] Sitzung der Duma [illegible] meldet: Ein von 82 Mitgliedern der Rechten eingebrachter Antrag, einen Tag nach den Osterferien festzusetzen, an dem über die Mißbilligung der politischen Verbrechen verhandelt werden soll, wurde mit 238 gegen 127 Stimmen abgelehnt. Im Namen der Sozialdemokraten bringt Genosse Zereteli darauf Anträge auf Interpellationen ein, betreffend die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Organisationen durch den Präfekten von Petersburg und betreffend den in der Fabrik Tschescher im Wiborger Stadtteil von Petersburg ausgebrochenen Ausstand. Der Präsident erklärt, er habe noch nicht Zeit gehabt, (!?) die Interpellationen zu lesen und könne deshalb eine Debatte über die nicht gestatten. Zereteli erklärt die Interpellationen für dringlich und verlangt sofortige Besprechung. Der Präsident erklärt nochmals, er könne die Besprechung der Interpellationen nicht zulassen, ehe er nicht von deren Inhalt Kenntnis genommen habe!! Zereteli verläßt unter Protestrufen der Sozialdemokraten und Gelächter der Rechten die Rednertribüne. Einigen sozialdemokratischen Rednern, die darauf über den Gegenstand sprechen wollen, wird vom Präsidenten das Wort nicht erteilt. Das Haus geht darauf zur Weiterberatung der Agrarfrage über. Im Laufe der Debatte halten mehrere bäuerliche Abgeordnete heftige Reden, in denen sie die Grundherrentümer, die Regierung und selbst Konstitutionell-Demokratische angreifen, welch letztere den Ankauf von Ländereien vorschlügen, die doch von den Bauern durch deren hartnäckige Arbeit bereits bezahlt seien. Der Bauer Moroz aus Podolsk erklärt: **Wir stehen vor verschlossener Tür, verlangen Brot, um nicht vor Hunger zu sterben, wir klopfen leise an, aber man ist still. Wir klopfen stärker, aber man will uns nicht hören. Sollen wir, hundert Millionen ausgehungerter Menschen, denn die Türe mit Gewalt brechen? Seid auf Eurer Hut, meine Herren Grundbesitzer, noch ist es Zeit, aber bald wird es zu spät sein.** Tambower (Bauerndeputierter von Kiszelow) meint, wenn die Regierung und die Rechte nicht durch die mit dem Feldgericht und den Strafexpeditionen erreichten Erfolge verblendet wären, würden sie auf die Stimme des Volkes hören, so lange es nicht zu spät ist. Wir sind nicht gekommen, um zu drohen, wir wollen die Frage auf friedlichem Wege lösen, solange dies noch möglich ist. Wir befürchten aber, daß selbst eine Verspätung von wenigen Tagen und Stunden gefahrbringend werden kann. Bauer Kalukow aus Perm erklärt, er wolle nicht mehr viel Worte machen, weil die Frage für ihn sehr einfach liege. **Wenn die Regierung die Stimme des Volkes nicht hören wolle, so würden die Bauern einfach das ganze Land nehmen und aufteilen, ohne noch viel zu reden.** —

* * *

Niederknüppelung friedlicher Arbeiter. Aus Petersburg wird telegraphisch gemeldet: Gegen eine Versammlung, welche in einer hiesigen Fabrik stattfand, deren Direktoren zum Teil Engländer sind, gingen Polizisten und Kosaken mit blanker Waffe vor. Hierbei wurden 20 Personen schwer verletzt. Infolge dieser Haltung der Behörden haben in mehreren Fabriken Teilausstände begonnen. Man zählt 10,000 Streikende. Die Bewegung ist immer noch im Wachsen begriffen.

* * *

Kein Vierbund im Mittelmeere. Aus London meldet Reuter: Eine heute erfolgte autoritative Erklärung besagt, es entbehre jeder Begründung zu der Nachricht betreffend den Abschluß einer Marineallianz zwischen Großbritannien und Spanien und die Bildung einer Quadrupel-Entente zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien. Man muß also wieder etwas anderes erfinden, um die deutschen Spießer zu erschrecken und für unaufhörliche „Rüstungen zur Kriegsbereitschaft" zu begeistern.

* * *

Die französische Republik gegen die Beamten. Die Maßregelungen der Beamten, die mutig genug waren, von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen, werden fortgesetzt. Und der der Regierung unterwürfige Disziplinarrat bestätigt gehorsam dies Vorgehen.

Ein anderes Resultat war nicht zu erwarten. Man kann von den Disziplinarräten keinen Heroismus verlangen. Hängt doch das Damoklesschwert der Maßregelung auch über ihnen.

Das bisherige Disziplinarverfahren war aber nur eine Einleitung. Am gestrigen Donnerstag wurde der Zweikampf zur Strecke geführt. Es kamen an die Reihe die Genossen Grangier, der Sekretär des Gewerkschaftsverbandes der Postunterbeamten und Simonnet von den „jungen Briefträgern". Und nach den Postbeamten kamen die Lehrer, zuerst Genosse Nègre und dann die anderen. Bis die Panik und die Furcht um der Familie die nur ihr Vereinigungsrecht kämpfenden Beamten zu Boden treiben. Dies ist das schöne Programm der „radikalen" Regierung. „Ordnung, Disziplin, Subordination" — [illegible] der Regierungskanzlei ist zum Katechismus der Bourgeois-Minister geworden, die sich gleich dem gegenrevolutionären [illegible] die Maske eines [illegible] Wohlfahrtsausschusses umhängen. Minister Briand hat in einer von [illegible] in seinem Wahlkreis einberufenen Versammlung von seinem „gut-radikalen" Vorgehen gegen die Lehrer [illegible]. Die [illegible] Stelle seiner Rede war die [illegible], daß er [illegible] über das Gewerkschaftsrecht [illegible] habe, da er immer der Meinung gewesen [illegible], daß sich die Bewegung der Beamten mit der der Arbeiter [illegible] dürfe. Bekanntlich hat Briand früher flammende Reden für den revolutionären Generalstreik gehalten und die Arbeiter[illegible]. Man darf [illegible] nach seinem Eintritt in die Regierung eine dieser Reden mit seinem Namen und seinem jetzigen Titel herausgeben. Offenbar hat sich als Briand der revolutionären Generalstreik so dargestellt, daß die [illegible] die Gesellschaft umstürzen, die Briefträger [illegible], Lehrer [illegible] mit peinlicher Genauigkeit ihren Dienst [illegible] als getreue Organe der Autorität, die nur von den dazu befugten Volksvertretern [illegible] werden darf. Im übrigen trägt Briand die Melodie nur [illegible] die jetzt alle [illegible] Bourgeoisblätter herunterleiern, von dem Unfug, den die [illegible] Bewegung durch die Beamtengnug des [illegible] der [illegible] [illegible] bringe. Die [illegible] dieser „Demokraten" ist wirklich [illegible]. [illegible] mußten ihre [illegible] zu [illegible], bis die Kirche besiegt sei. Jetzt sollen sie sie nicht [illegible], weil die Kirche wieder zu Kräften kommen könnte. Auf diese Art wird der Antiklerikalismus ein immer [illegible] Schutzmittel gegen die Sozialreform. Ein Glück, daß die [illegible] auf diesen groben Kniff doch nicht mehr hineinfallen wollen.

* * *

Radikaler Rückzug. Das „Echo de Paris" meldet, daß das [illegible] in [illegible] im Departement [illegible] wegen Kathedersozialismus, Antimilitarismus [illegible] des Generalkonseils einen Generalverdacht gegen den Präfekten [illegible] ausgesprochen habe, ohne jedoch zu treffen. Die Polizei habe [illegible] Untersuchung [illegible], aber bisher hätten alle [illegible] in Betracht kommenden Parteimitglieder ihre Aussagen verweigert.

* * *

Die Krisis in der italienischen Partei. Nach mehrtägigen Verhandlungen hat nunmehr der Parteivorstand in der Angelegenheit des syndikalistischen Blattes „Avanti" die Entscheidung gefällt. Dieses Blatt war bekanntlich von der radikalen Gruppe der [illegible] Sozialisten gegründet worden. Die Genossen [illegible] Ferri, [illegible] und [illegible] führten die Redaktion desselben. Ferri hatte den Vorwurf erhoben, daß das Blatt aus [illegible] Quellen gespeist werde. [illegible] durch die Verhandlungen, daß ein Kapital [illegible] Louis [illegible] das Blatt im ersten Jahr mit 24,000 Franc sicher [illegible]. Die [illegible] Sozialisten zu [illegible] [illegible] Verfahrens [illegible], sie lehnten den Parteivorstand, der der [illegible] nur aus Integralisten besteht, als befangen ab. Der

Parteiverband entschied nun, daß ein schweres Verschulden von seiten der Redakteure vorliege, daß sie aus politischer oder persönlicher Leidenschaft die „Azione“ mit zweideutigen und verdächtigen Geldmitteln ins Leben gerufen haben und diese trotz dokumentierter Anklagen weiter führten und jede ernstere Prüfung der Geldquellen des Blattes vereitelten. Die betreffenden Redakteure und überhaupt alle Parteigenossen werden sodann aufgefordert, sofort und öffentlich ihre Beziehungen zu der Zeitung „L'Azione“ abzubrechen. Im Weigerungsfalle sind die Betreffenden aus der Partei auszustoßen. — Die syndikalistischen Gruppen Roms haben in einer Versammlung gegen diesen Beschluß des Parteivorstandes protestiert und beschlossen, für den Ankauf der Zeitung Sorge zu tragen. Leone und die übrigen Redakteure werden aufgefordert, auf ihrem Kampfposten zu verharren; von allen Syndikalisten Italiens wird erwartet, daß sie sich mit den Genossen von der „Azione“ solidarisch erklären. Ein baldiger Parteikongreß der Syndikalisten ist in Aussicht genommen. — Diese Beschlüsse bedeuten die Absplitterung der syndikalistischen Gruppe von der allgemeinen sozialistischen Partei. Innerlich waren die Gegensätze zwischen der anarcho-sozialistischen Richtung, die den Parlamentarismus bekämpft und als einziges Kampfmittel des Proletariats lediglich den Generalstreik propagiert und der Gesamtpartei allerdings schon längst soweit gediehen, daß an ein gemeinsames Zusammenarbeiten nicht mehr zu denken war.

* * *

Das böse England plant schon wieder eine neue „Teufelei“, um die ruhigen Bürger Deutschlands und sogar Frankreichs zu erschrecken. Die englische Regierung will den spanischen Hafen Ferrol pachten, um von dort aus Gelegenheit zu haben, bei Ausbruch eines Krieges durch eine dort ankernde Kriegsflotte sämtliche Schiffahrtslinien zu beherrschen und zu stören.

* * *

Zur Ministerkrisis in Belgien. Wie ein liberales belgisches Provinzblatt zu melden weiß, weigert sich die liberale Linke mit einem Ministerium in Verbindung zu treten, das aus Mitgliedern derselben Partei besteht, welche das Grubengesetz zurückgezogen hat.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. April.

Die obligatorische Fortbildungsschule für Mädchen.

Die Fortbildungs- und Haushaltungsschule als Einheit hat für die aus der Volksschule entlassenen Mädchen eine große Bedeutung. So sehr wünschenswert eine Erweiterung und Festigung der in der Elementarschule erworbenen Kenntnisse für die Mädchen auch unstreitig ist, so steht dem mindestens gleichwertig zur Seite, eine gute praktische Ausbildung im Haushaltungswesen: Nähen, Flicken, Stopfen, Kochen, Ordnung und Reinlichkeit. Wer unparteiisch beobachtet und seine Augen nicht absichtlich dagegen verschließt, wird finden, daß nicht immer allein schlechte Erwerbsverhältnisse, sondern sehr oft Mangel an jeglichem Können der Hausfrau in vorgenannten, die Ursache von zerrüttetem Haushalte und damit Familienleben sind. Zur Begründung braucht nur ein beliebiges Beispiel aus der Wirklichkeit herausgegriffen werden: die eben aus der Volksschule entlassene Tochter eines Arbeiters oder Kleinhandwerkers wird zum längst herbeigesehnten Mitverdienen in die Fabrik geschickt. Im eintönigen Einerlei verrichtet sie nun Tag für Tag dieselbe geistötende, mechanische Arbeit. So hat sie weder Zeit, Lust, noch Gelegenheit, ihre Kenntnisse zu erweitern oder unter Anleitung der Mutter im Haushalte tätig zu sein. Und ist die Mutter in der Lage, der Tochter auf diesem Gebiete etwas beizubringen? In den meisten Fällen ist nicht daran zu denken. Diese Mutter machte einst denselben Entwickelungsgang von der Schule bis zur Ehe durch, wie die Tochter heute; auch sie war Fabrikarbeiterin, wie es in den Industriestädten für die Mädchen der ärmeren Klassen so ziemlich selbstverständlich ist. Auch sie hatte keine Gelegenheit, zu lernen, was zur Aufrechterhaltung eines ordentlichen und gemütlichen Hauswesens notwendig ist. Endlich ist auch für die Tochter der ersehnte Tag da, wo sie mit dem Erwählten ihres Herzens, einem Arbeiter oder Handwerker, den eigenen Hausstand gründen kann. Beide wollen manchen bisherigen Unannehmlichkeiten entfliehen und sich ein gemütliches Heim gründen. Daß es mit dem Gründen nicht so leicht ist, und daß zum Erhalten gewisse Kenntnisse gehören, zeigt sich recht bald. Es fehlt trotz der noch neuen Einrichtung an Ordnung und Reinlichkeit. Verstaubte Möbel, radikaler Wirrwarr in Kisten und Kasten, Gesuchtes niemals an einer bestimmten Stelle zu finden. Die junge Frau wird nachlässig in ihrem Aeußeren, die Kleidung des Mannes ermangelt der Reinigung und Ausbesserung, obwohl die Frau genügend Zeit dafür hätte. Kommt der junge Ehemann ermüdet von der Arbeit nach Hause, so erwartet ihn außer dem ewigen Durcheinander auch noch meistens angebranntes oder unschmackhaftes Essen. Wohl verwandte die Hausfrau alle möglichen Zutaten in Wirklichkeit aber das Gegenteil von dem, was sie ehrlich erweckt hat, ihren Mann. Dem Wollen mangelt das Können. Es gibt für Nichtkönnen die Ursache zu häuslichem Zank und Streit. Die Sache verschlimmert sich noch wesentlich, wenn im Laufe einiger Jahre mehrmaliger Familienzuwachs sich einfindet. Besitzt der Mann nicht selbst inneren Halt genügend, so entzieht er sich dem ungemütlichen Heim und sucht Erlaß im Wirtshause. Not, Elend, verwahrloste Kinder, Zank, Streit, Trunkenheit und Unfrieden werden häufige Begleiterscheinungen eines mißratenen Familienlebens. Eine in diesem Haushalte heranwachsende Tochter würde sich wieder voran in derselben Lage befinden, wie einst die Mutter vor der Heirat. Was das Beispiel auch lehrreich zeichnen sein, tausend gleichartige bestätigen nur seine Richtigkeit.

Hier kann und muß die obligatorische Fortbildungs- und Haushaltungsschule für Mädchen Abhilfe schaffen. Der hier und da schon an den Volksschulen eingeführte Haushaltungs-Unterricht ist nur Ausnahme, dann Gebiete des Wissens und Könnens, zumal wertlos, weil ihm das notwendige Verständnis in diesem noch weiten dafür fehlt. Selbst in der Fortbildungsschule müßte der Unterricht im häuslichen Haushaltungswesen in das letzte Schuljahr, das 14. Lebensjahr, verlegt werden. Sollten von Jahre Fortschritt gleich zu lang und nicht notwendig erscheinen, so spreche zur Erreichung des Zieles zu empfehlen sein. Auch wird der körperlichen Entwickelung der Mädchen nicht zuträglich sein, wenn nach der Volksschule ein Jahr Fabrik und dann vom 14. bis vollendeten 17. Lebensjahr die obligatorische Fortbildungsschule zu besuchen wäre. Um die Unterrichtsmasse und die Unterrichtszeit in die Tages- und Nachtstunden verteilt werden. Wohl wird es nicht leicht sein, die Mädchen mit dieser Zeit zu neuen Kenntnissen durchdringen, weil [illegible] Unterrichtszeit und engherzige Gesichtspunkte der Eltern eine große Rolle spielen werden. Aber die unbedingte Notwendigkeit aus den Beobachtungen fordert es, um im Interesse der Gemeinden und des Staates liegt es, zur Durchführung solcher Schulen zu drängen. Die [illegible] Schulen, die ein vorzügliches Gebiet [illegible] Gemeinde in sich birgt, würden, wenn auch nicht zum Heil [illegible] Gesundheit, Erziehung, Bildung und [illegible] in vielem Maße gefördert werden.

[illegible] daher der so oft schon angeregte Gedanke [illegible] Fortbildungsschule mit sofiger Verwirklichung [illegible] nicht zu lange auf sich warten.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Achtung, Kesselschmiede und Schmiedehelfer.** Sonntag, den 28. April, Nachmittags 4 Uhr, findet im „Roten Löwen“, Kaiserstraße 21, eine Schmiedeversammlung statt. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Die Verwaltung.

* **Achtung, Kupferschmiede und Helfer.** Sonntag, den 28. April, Vormittags 11 Uhr, findet im „Roten Löwen“, Kaiserstraße 21, die städtische Monatsversammlung statt. Das Erscheinen aller ist notwendig.

Die Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes.

Achtung, Drechsler! Die Kollegen der Werkstätte Uhrig haben die Arbeit niedergelegt, da einer von ihnen entlassen wurde mit der Motivierung: heute oder am 1. Mai, das bleibt sich ganz gleich. Da Herr Uhrig im „General-Anzeiger“ Drechsler sucht, so machen wir die organisierten Kollegen auf den Ausspruch dieses Herrn aufmerksam.

Achtung, Maschinenarbeiter! Freitag, den 26. d. Mts., findet im Gewerkschaftshause eine Versammlung statt. Da eine sehr wichtige Tagesordnung ist, so ersuchen wir die Kollegen, vollzählig zu erscheinen.

Achtung, Sargtischler! Am Sonntag, den 28. April, Vormittags 10½ Uhr, findet im Restaurant „zu den 2 Polacken“, Schmiedebrücke 44, eine Versammlung statt. Kollegen, da es sich um Eure wichtige Interessen handelt, so erscheint vollzählig.

Die Lokalverwaltung.

Achtung, Fassadenputzer! Sonntag, Vormittags 11 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 2, eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Beschlußfassung über die diesjährige Maifeier. 3. Verschiedenes.

Versammlungen und Vereine.

Der Zentralverband der Schuhmacher hielt am 23. April seine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher der Kassen- und Geschäftsbericht vom ersten Quartal 1907 von Gottwald abgegeben wurde. Dem Kassenbericht ist folgendes zu entnehmen: die Einnahme für die Zentralverwaltung ergab 2582.40 Mark, die Ausgabe an Unterstützungen 1214.45 Mark, zu Prozent der Beiträge in Höhe von 511.50 Mark wurden der Lokalkasse überwiesen. In bar wurden an die Hauptkasse 856.45 Mark gesandt. Die Unterstützungen für Arbeitslosigkeit und Krankheit haben verhältnismäßig eine ziemliche Höhe erreicht, die erstere mit 416.00 Mark, die zweite mit 550.70 Mark. Dem Fonds für Epidemien und Krisen konnten nur 74.34 Mark zugeführt werden. Jedenfalls ist aus diesen Zahlen ersichtlich, daß die gezahlten Beiträge den Mitgliedern zugute gekommen sind. Die Mitgliederzahl ist um 41 zurückgegangen; der Abstrich mehrerer Restanten sowie ein großer Teil Abgereister haben dieses verursacht. Die Eingänge der Beiträge sind in der ersten und dritten Klasse angemessen, die zweite Klasse steht hinter dem eigentlichen Durchschnitt zurück. Die Lokalkasse bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 1520.09 Mk. und weist einen baren Kassenbestand von 704.77 Mk. auf.

Im verflossenen Quartal sind 36 Versammlungen, Konferenzen, Sitzungen 2c. veranstaltet worden. Auch der schriftliche Verkehr war ein bedeutender. Offizielle Streiks waren nicht zu verzeichnen, dennoch sind in drei Betrieben Lohnbewegungen ohne Streik erledigt worden, darunter ein Abschluß eines Tarif-Vertrages in der Schoßbranche. Jedenfalls ein Beweis, daß es auch auf friedlichem Wege geht, wenn die Unternehmer wollen. Grunow ging in einem mündlichen Berichte des näheren auf die schlimmen Praktiken einzelner Unternehmer ein. Eine lebhafte Diskussion schloß sich an die Berichterstattung. Auf Antrag der Revisoren wurde dann dem Kassierer Entlastung erteilt.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung weist Grunow auf die bevorstehende Maifeier hin. Bei uns regelt sich dieselbe nach dem Statut. Allenthalben, wo die Möglichkeit vorhanden, soll durch Arbeitsruhe gefeiert werden. Eine Aenglichkeit brauche bei uns nicht Platz zu greifen. Die feiernden Kollegen sollen an der Vormittagsversammlung teilnehmen, die Arbeitenden die Abendversammlungen besuchen. Eventuelle Maßregelungen von Feiernden sind am 2. Mai früh von 7—9 Uhr in einem von der Ortsverwaltung noch bekannt zu gebenden Lokale zu melden. Es besteht für jeden aber die Pflicht, am 2. Mai pünktlich zur Arbeit zu sein, und alles zu unterlassen, was zu einer eventuellen Entlassung führen könnte. Eine Diskussion schloß sich hieran nicht.

Unter Verbandsangelegenheiten wurde die Agitation unter den Schoßarbeitern besprochen, außerdem bekannt gegeben, daß von der Ortsverwaltung Handzettel in andere Gewerkschaften gegeben werden sollen bezw. schon gegeben worden sind, mit dem Hinweis, bei Abgabe von Arbeit nachzufragen, ob die Schuhmachergesellen organisiert sind. Die lückenhaft gewordene Kommission der Schoßarbeiter wird wieder ergänzt. Auf Antrag wurde die Agitation unter den Schoßarbeitern auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

Neueste Nachrichten.

Tabakarbeiterschutzgesetz.

Berlin, 26. April. Dem Reichstage ist das angekündigte Gesetz zum Schutze der Heimarbeiter in der Tabakindustrie heute zugegangen.

Der Prozeß der Altwaleute.

Berlin, 26. April. Ueber das Ergebnis der Untersuchung in der bekannten Sache der Kamerunner Altwaleute ist, wie gemeldet wird, dem Reichstag Bericht zugegangen. Nach dem Ergebnis der Untersuchung liegt kein Anlaß (?) vor, gegen irgend einen Beamten, die beschuldigt werden, strafrechtlich vorzugehen. Dagegen ist nicht zu verkennen, daß in verschiedenen Punkten die Handhabung der Verwaltung und der Eingeborenenrechtsprechung in Kamerun nicht zu billigen ist und daß die bestehenden Gesetzesvorschriften in verschiedener Beziehung als den derzeitigen Verhältnissen entsprechend nicht mehr betrachtet werden können. Kolonialdirektor Dernburg hat deshalb die notwendigen Anordnungen zur Abänderung gegeben.

Eine ganze Stadt bestraft!

Babianice (Gouvernement Petrikau), 25. April. Heute haben hier Terroristen zwei Polizisten erschossen. Die Behörden verurteilten infolgedessen die Stadt zu 10,000 Rubel Strafe.

Ein zweiter Suez-Kanal.

Paris, 26. April. Die hiesige Ausgabe des „New York Herald“ läßt sich aus Berlin telegraphieren, daß ein Projekt für einen zweiten Suezkanal seit Wochen fertig sei. Diese Wasserstraße werde ausschließlich von englischen Kapitalisten gebaut werden. Die Erteilung der Konzession sei nur die Frage einiger weniger Wochen. Das Projekt erregt in Berlin großes Aufsehen, weil man glaubt, daß durch den zweiten Suezkanal die Bagdadbahn in den Hintergrund treten müsse.

Die Berliner Bauarbeiterbewegung.

Berlin, 26. April. Zur Krise im Baugewerbe wird die Arbeitgeberorganisation eine Sitzung des Vorstandes und des Gesamtausschusses abhalten, um diejenigen Maßnahmen zu treffen, die durch die Ablehnung des Schiedsspruches seitens der Bauarbeiter erforderlich geworden sind. Eventuelle Beschlüsse werden erst in der außerordentlichen Generalversammlung in der nächsten Woche gefaßt. Bis dahin bleibt der bisherige Zustand in Kraft.

Streik der Maurer in Chlam.

Wegen Lohndifferenzen legten gestern Vormittag 70 Maurer die Arbeit nieder. Die Ausständigen verlangen u. a. Regelung der Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes auf 50 Pfg.

Bielefeld, 26. April. Das hiesige Schwurgericht verurteilte nach mehrtägiger Verhandlung die wegen Mordes angeklagte Ehefrau Bahnhof zu 15 Jahren Zuchthaus und [illegible]

[illegible] wegen Beihilfe [illegible] 26. Oktober v. J. den Ehemann vergiftet [illegible]

München, 26. April. Da der Regen [illegible] dauert die Hochwassergefahr an. Die Isarböschung ist [illegible] 100 Meter gerissen.

Wien, 26. April. Nach monatelanger Beunruhigung ist es [illegible] gelungen, den unheimlichen Menschen, der Frauen und Mädchen in Metz, die sich Abends auf der Straße bewegten, durch Messer- und Nagelstiche verletzte, in der Person eines Offiziersburschen zu verhaften.

Prag, 26. April. Ein orkanartiger Sturm riß von einem dreistöckigen Hause eine 25 Kilogramm schwere Dachverzierung. Ein gerade vorübergehender Knabe wurde getötet, ein anderer verwundet.

Petersburg, 20. April. Der der Kadettenpartei angehörende Professor Milyukow wird fortgesetzt von dem „Schwarzen Hundert“ mit dem Tode bedroht. Er hat deshalb beschlossen, Rußland zu verlassen und beabsichtigt von Schweden aus die Partei weiter zu leiten.

Literatur.

Der Arbeiter-Athleten-Bund hat ein eigenes Organ herausgegeben, das sich „Die Athletik“ nennt. Es erscheint in Berlin. Als Ziel wird bezeichnet: Wir wollen den Sport nicht als ein Privilegium der Besitzenden betrachtet wissen, sondern wollen dem gesamten Arbeiterstande die nützliche, geistige und körperliche Wirkung zugänglich machen. Wir wollen gegen eine Reihe altbergebrachter Gewohnheiten auch in den Reihen unserer Sportsgenossen unsere Stimme erheben, es soll unsere Aufgabe sein, dem Medaillen- und Prämienunwesen ein Ende zu bereiten und einer vernunftgemäßen Anwendung der körperlichen Kraft und der Ausbreitung des Sports die Wege zu ebnen. Allen diesen Grundsätzen soll in Zukunft unsere Unterstützung geweiht sein.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Freitag, den 26. April.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Extr.		Wetter
	Temp.	Wind	Ndschl.	Max.	Min.	
Rosenthal b. Br.	4	W 2	0	9	3	bedeckt
Bresl. Sternw.	4	W 4	0	9	3	
Beuthen OS.	3	NW 5	0	8	1	halb bedeckt
Habelschwerdt	3	NW 2	0	10	3	wolkig
Görlitz	3	W 3	0	10	2	halb bedeckt
Grünberg	3	W 4	0	10	2	bedeckt
Ostrowo	5	W 5	0	10	2	heiter

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

25. u. 26. April:	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgs. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 8,9	+ 6,3	+ 3,8
Luftdruck bei 0° (mm)	744,3	745,2	744,6
Dunstdruck (mm)	3,6	3,7	4,8
Dunstsättigung (pCt.)	44	52	80
Wind (0—12)	NW 6	NW 5	W 4
Wetter	bedeckt	heiter	bedeckt

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. II. Eisenbahn-Schlosser Alois Müller, kath., Brüderstraße 75, und Maria Musik, geb. Polischke, kath., hier. — Kaufmann Felix Heinke, evang., Kantstraße 27, und Marie Pawlik, ev., Herdainstraße 92. — Arbeiter Ernst Mapke, evang., Hubenstraße 108, und Emma Mittmann, ev., hier. — Fabrikarbeiter Herm. Konschelle, ev., Schönstraße (Helmhaus), und Martha Weiß, ev., hier. — Bahnarbeiter Alfons Werst, kath., Klosterstr. 96, und Klara Schmidt, kath., Claassenstraße 3. — Arbeiter Ernst Scheder, evangelisch, Ohlauer Chaussee Nr. 12, und Karolie Schmidt, ev., Ohlauer Chaussee 19. — Restaurateur Karl Krause, ev., Krotoschin, und Ida Dittert, ev., Lehmgrubenstr. 95. — III. Arbeiter Karl Eckert, ev., Brunnenstraße 22, und Pauline Dittrich, ev., Sternstr. 39. — Schuhmacher August Weidlich, kath., Sydligstr. 5, und Anna Ronge, kath., Fürstenstr. 8. — Schuhmacher Stanislaus Szewczynski, kath., Brigittenstal 7, und Marianna Beczkiewicz, kath., Rosenstraße 10a. — Telegraphenarbeiter Arthur Reichelt, ev., Michaelisstraße 58, und Emilie Berger, kath., Michaelisstraße 58. — Handlungsreisender Reinhold Anders, ev., Fürstenstr. 18, und Agnes Duda, geb. Kommerskirch, kath., Paulstr. 9. — Schlosser Gustav Kliem, ev., Kosypothstr. 41, u. Klara Schade, ev., Schweidnitz.

Eheschließungen. IV. Hausdiener Karl Sprauf, ev., Moritzstr. 42, mit Emilie Stapiannek, kath., Hohenzollernstr. 8. — Maler Max Riedler, ev., Moritzstr. 33, mit Hermine Jendraß, ev., Höchenstr. 57. — Motorwagenführer Max Kallert, ev., Höchenstraße 55, mit Ernestine Langer, ev., Augustastr. 40. — Arbeiter Karl Kietsch, ev., Hirschstr. 76, mit Bertha Menge, ev., Kaiser Wilhelmstr. 68. — Hilfsmonteur Gustav Grimke, ev., Gräbschenerstraße 58, mit Anna David, ev., Augustastr. 4. — Zigarrenmacher Reinhold Stehr, kath., Viktoriastr. 81, mit Martha Hoffmann, ev., Lothringerstraße 6.

Geburten. IV. Kürschner Karl Krechler, kath., Sohn. — Monteur Adolf Siebel, ev., S. — Tischler Oskar Thamm, ev., T. — Gastwirt Max Mitze, kath., Sohn. — Güterbodenarbeiter Gustav Troche, ev., T. — Lederzuschneider Wilhelm Heckert, evang., T. — Bäcker Franz Michalke, kath., T. — Hutmacher Julius Löwy, jüd., T. — Buchbinder Richard Gabr, ev., S. — Zimmermann Wilhelm Merlin, ev., S. — Schlosser Max Böhm, kath., Tochter. — Bäcker Otto Pollak, ev., S. — Tischler Karl Bruchmann, ev., Tochter. — Hausbälter Hermann Wendner, evang., Sohn. — Former Gottlieb Lahlfuß, ev., S. — Schlosser Karl Suppa, ev., S. — Tapezierer Heinrich Pesser, ev., T. — Former Paul Krause, kath., S. — Arbeiter Wilhelm Wittek, ev., T. — Buchdrucker Arthur Hein, kath., S. — Hausbälter Ernst Lorenz, ev., S. — Bäcker Konrad Kabel, kath., S. — Maurer Robert Schulz, ev., T. — Buchdrucker Arthur Herder, kath., T. — Arbeiter Wilhelm Kossiek, kath., S. — Schlosser Paul Gollisch, ev., S. — Schneidermeister Karl Jartke, kath., S. — Restaurateur Gustav Hein, kath., S. — Eisenbahnsekretär Julius Fachmann, kath., T. — Arbeiter Wilhelm Scherandt, evang., T. — Kunstkaffeehändler Alfred Michaelis, evang., T. — Maschinist Max Kalk, ev., S.

Todesfälle. IV. Hausbälter August Neumann, 59 J. — Wasserleitungsmonteur-Witwe Elisabeth Freier, geb. Keller, 70 J. — Gustav, S. des Fleischers Gustav Müller, 2 J. — Bergarbeiter Ernst Rotbander, 70 J. — Gertrud, T. des Musikers Rudolf Klinzberg, 3 J. — Kaufmann Arno, gen. Adolf Caeger, 69 J. — Gerd, S. des Gutarbeiters Karl Deutscher, 3 M. — Margarete, T. des Schuhmachers Paul Hoffmann, 4 M. — Wilhelm, S. des Postsekretärs Max Reichel, 3 M.

Sekretariat für Bauarbeiterschutz.

Breslau, Albrechtstraße 7. Telephon 3031.

Vereins-Kalender.

Chlam. Große öffentliche Volksversammlung Mittwoch, den 1. Mai, Abends 8 Uhr, im Gasthof zur Stadt Crim. Tagesordnung: 1. Der 1. Mai. Referent: Chlar Schulz. 2. Freie Diskussion. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorbereiter.

Brieg. Zahlst-, Sand-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Sonnabend, den 27. April, Abends 7½ Uhr: Versammlung im Rauchen.

Verantwortlicher Redakteur: [illegible] — Verlag von [illegible] — Druck von [illegible]

Maifeier in Breslau 1907.

Arbeiter, Parteigenossen!

Nach den Beschlüssen der internationalen Arbeiter-Kongresse und der deutschen Parteitage, haben wir am **1. Mai** für den **Achtstundentag** und den **Weltfrieden** zu demonstrieren.

In **Breslau** finden am **1. Mai** folgende Kundgebungen statt:

Für Diejenigen, welche am 1. Mai

die Arbeit ruhen lassen,

vormittags 9 Uhr

Grosse Volks-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17.

Im Anschluß an diese Versammlung, für welche Eintrittskarten **nicht** ausgegeben werden,

Ausflug nach Maria-Höfchen in das Lokal von Müller.

Abends 8 Uhr:

5 grosse Volks-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17,
Bergkeller, Kletschkaustraße 32,
Deutscher Kronprinz, Kurzegasse 50-52,
Milde, Gräbschnerstraße 74,
Wilhelmsburg, Neuderstraße 54.

Der Eintritt in die Abend-Versammlungen erfolgt nur gegen Vorzeigung von Karten, die von **Montag, den 22. April** ab im **Partei-Sekretariat**, in der **Expedition der Volkswacht**, Neue Graupenstraße 5/6, bei den **Distrikts- und Bezirksführern** des Sozialdemokratischen Vereins, im **Gewerkschaftshause, Arbeiter-Sekretariat**, Nikolaistraße 18/19 I, in den Bureaus der Gewerkschaften und an der Kasse zum Preise von **10 Pfg.** zu haben sind.

Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet:

Warum feiern wir den 1. Mai?

Referenten sind die Genossen **Albert, Bernstein, Kaal, Löbe, Neukirch** und **Schlegel.**

Sonntag, den 5. Mai, nachmittags von 4 Uhr ab im **Gewerkschaftshause**

Grosses Mai-Fest.

Programme für dieses Fest sind an den bekannten Stellen zu haben.

Arbeiter, Parteigenossen! Sorgt dafür, daß die Beteiligung an der Maifeier eine imposante wird.

Rüstet zum 1. Mai!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 26. April.

Geschichtskalender.

26. April.

1787 Ludwig Uhland in Tübingen *.
1900 Das Zentrum fällt beim Textilarbeiter-Zehnstundentag um.

Aus dem Stadtparlament.

Zu scharfen Auseinandersetzungen und Zusammenstößen kam es gestern zwischen Vertretern der Minoritäten und dem Oberbürgermeister einerseits, und Vertretern der Majorität andererseits. Und wieder einmal hatten wir Gelegenheit, an dem Oberhaupte der Stadt jene bekannte Nervosität und Gereiztheit zu beobachten, die unter ganz bestimmten und bekannten Umständen bei ihm stets wiederkehrt, weil nämlich unser Stadtregent jeden Angriff auf die städtische Verwaltung bezw. den Magistrat als eine gegen seine Person gerichtete Spitze empfindet. Wir erklären ausdrücklich, um nicht wieder zu Mißverständnissen Anlaß zu geben, daß wir die Objektivität und Unparteilichkeit des Oberbürgermeisters nicht anzweifeln, aber eben jene Nervosität und Reizbarkeit macht es schwer, den unwillkürlich auftauchenden Verdacht überhaupt nicht erst aufkommen zu lassen, ob nicht aus dieser Reizbarkeit so etwas wie ein bißchen von erkanntem Schuldbewußtsein spricht

Als die gestrige Sitzung begann, da konnte man aus dem überfüllten Zuhörerraum und dem sich schnell füllenden Tagungssaale unserer Stadtväter selbst schließen, daß keine alltägliche Sitzung zu erwarten sei. Daß sie sich aber zu solcher dramatischen Bewegtheit gestalten würde, wie es denn tatsächlich der Fall war, konnte aus dem nüchtern geschäftsmäßigen Verlauf des ersten Teils der Sitzung nicht gefolgert werden.

Da wurden zunächst diskussionslos die Vorlagen über die Festsetzung des Fluchtlinienplans für das Gebiet zwischen Huben-, Stein- und Schönstraße einerseits und den Straßen Nr. 20a, 24 und 48 der Südvorstadt, also des noch nicht bebauten Gelände zwischen dem alten Dorfe Herdain und der Stadt, dem Ausschuß V überwiesen. Die Mehrkosten des Vorflut-Kanals für die Yorkstraße, in Höhe von 880 Mk., und die Kosten für Bürgersteighersteilungen vor Promenadenland mit 3880 Mark wurden bewilligt, desgleichen die Mehrkosten für Baulichkeiten im Kinderhort mit 657 Mark und eine Verstärkung des Etats der Fortbildungsschule in Höhe von 5600 Mark.

Zu einer kurzen Diskussion kam es zum ersten Male bei dem Gutachten des Ausschusses IV über die Festsetzung des Fluchtlinienplanes für das Grundstück Band 2, Blatt 24, Herdain, an der Westseite der Strehlenerstraße. Die Vorlage selbst wurde angenommen, zugleich aber auch nach einem kurzen Redegefecht dem Magistrat aufgegeben, bei Fluchtlinienfestsetzungen künftig nicht nur die Originalzeichnung dem Referenten, sondern einen Umdruck derselben allen Stadtverordneten zur Verfügung zu stellen, damit diese sich bereits vor der Sitzung über die Angelegenheit genau orientieren könnten.

Dann kam eine Vorlage zur Verhandlung, die bereits seit einer der ersten Sitzungen dieses Jahres immer wieder in die nächste Tagesordnung hinüber geschleppt worden ist. Es handelt sich um das Ortsstatut, durch das auf Grund des § 9 des Kommunalabgabengesetzes bei Straßenverbreiterungen die anliegenden Grundstücksbesitzer zu den Kosten durch Erhebung von Anliegerbeiträgen herangezogen werden sollen. Justizrat Dr. Peucker als Referent führte die Hinausschiebung der Vorlage darauf zurück, daß man erst das Schicksal der Wertzuwachssteuer habe abwarten wollen. Er ist der Ansicht, daß nach Annahme dieser Steuer das Ortsstatut wegen der Anliegerbeiträge zurückgezogen werden müsse, umsomehr, als der Oberbürgermeister bei der Generaldebatte über die Wertzuwachssteuer angedeutet habe, daß mit deren Annahme der § 9 des Kommunal-Abgabengesetzes in seiner Anwendung werde herabgemildert werden können. Die Sache liege so, daß der Vorteil, der der Anlieger durch die Straßenverbreiterung genieße, der Wertzuwachs, bereits zweimal, durch die Zuwachs- und durch die Grundsteuer, als hinreichend getroffen werde. — Der Oberbürgermeister bestreitet zunächst, daß er die Aeußerung über die weniger scharfe Anwendung des § 9 bei Annahme der Wertzuwachssteuer so, wie Herr Peucker es darstellte, getan habe. Wenn man von den Stadtverordneten auf gelegentliche unverbindliche Aeußerungen heraus festgenagelt werde, wie in diesem Falle, dann werde er künftig in seinen Auslassungen sehr vorsichtig sein müssen. Tatsächlich liege die Sache bei Straßenverbreiterungen doch etwas anders, als wenn sonst ein Wertzuwachs erzielt werde. Bei neuen Straßen sei es heute schon etwas Selbstverständliches und von niemandem Angefochtenes, daß die Anlieger die Kosten tragen, warum sollte man nicht auch bei Verbreiterung von historischen Straßen dasselbe auf Grund des § 9 tun können; im übrigen, wenn es § 9 des Kommunalabgabengesetzes nicht sein solle, dann bleibe immer noch die Möglichkeit, mit dem Fluchtliniengesetz an die Anlieger heranzukommen.

Trotz dieser Ausführungen des Oberbürgermeisters gaben die Hausbesitzer-Interessenten wieder einmal den Ausschlag. Ein Antrag des Referenten, die Vorlage dem Ausschuß I zu überweisen, wurde angenommen, und damit wohl angedeutet, daß die Vorlage dort das vom Referenten erwünschte Schicksal finden werde.

Bis hierher war die Beratung durchaus ruhig und geschäftsmäßig verlaufen. Nun aber erwachte der Kampfeseifer und er steigerte sich bald bis zu einer in der Stadtstube nur selten zu beobachtenden Parteileidenschaftlichkeit. Es handelte sich um einen Antrag des Stadtverordneten Dr. Peucker, der Magistrat möge eine anderweitige Bezirkseinteilung für die Stadtverordnetenwahlen der II. und III. Abteilung herbeiführen, um dadurch die gar zu krassen Unterschiede in den Wählerziffern der einzelnen Wahlbezirke zu beseitigen. Es war von einer eigenartigen Pikanterie, zu beobachten, wie die konservativ-klerikalen Reaktionäre für eine stärkere Demokratisierung des bestehenden Kommunalwahlrechts aus Gründen der Gerechtigkeit eintraten, während die Liberalen sich als starke Anhänger des plutokratischen Klassenrechts erwiesen und jede Wahlkreisänderung mit größter Entschiedenheit bekämpften. In der Hitze des Gefechts ließen die Herren Dr. Bender, Heilberg und Breslauer sich zu Geständnissen hinreißen, die uns wieder einmal ihr wahres Gesicht enthüllten und für künftige Wahlkämpfe die wichtigsten Dienste leisten werden. Herr Justizrat Peucker ging bei seinem Antrage davon aus, daß wie gesagt die Wahlbezirke der inneren Stadt viel weniger Wähler zählen als die der Vorstädte, die letzteren also hätten ein viel geringeres Wahlrecht als die meist liberalen Handelstreibenden der inneren Stadt. Deswegen erfordere die Gerechtigkeit eine neue Einteilung der Wahlbezirke. Sehr richtig, Herr Peucker, aber ganz mit Recht konnte ihnen unser Genosse Löbe entgegenhalten, daß die Konservativen sich über diese Ungerechtigkeit nur beklagen, wenn sie wie bei den Breslauer Stadtverordnetenwahlen selbst davon betroffen werden, daß sie aber zum Beispiel bei den Reichstagswahlen mit der ungerechten Einteilung der Wahlkreise zu Gunsten des flachen Landes, mit anderen Worten der Agrarier, ihrer Parteifreunde, ganz zufrieden sind. Die Antwort des Herrn Peucker auf diese Festnagelung war nichts als ein Drücken um die Sache selbst: wenn er im Reichstage und im Landtage säße, dann würde er dort ebenfalls seinen Standpunkt verteidigen. Nur dürfte der Standpunkt und die Gerechtigkeit des Herrn Peucker in Bezug auf das Wahlrecht anders geartet sein. Immerhin wollen wir das Zugeständnis der Herren Peucker und seiner Freunde, daß in der ungleichen Wählerziffer der einzelnen Wahlkreise eine Ungerechtigkeit liegt, die nach Abhilfe schreie, uns für künftige Zeiten merken und bei günstiger Gelegenheit den Herren kräftig unter die Nase reiben.

Viel interessanter noch aber war wie gesagt, die Haltung unserer Kommunalfreisinnigen. Sie wissen, daß bei Annahme des Antrages Peucker ihnen vor allem in der zweiten Klasse nicht unerhebliche Verluste erwachsen, und so erhoben sie sich unter der höchst persönlichen Führung des Herrn Oberbürgermeisters zum heldenhaften Kampfe gegen den Antrag. Es war von überwältigender Komik, wie die Herren von der Rechten und Linken sich gegenseitig vorwarfen, daß sie mit der Vertretung oder Bekämpfung des Antrages nichts weiter als ihre nackten parteipolitischen Geschäfte machen wollen. Herr Breslauer war in seinem Eifer am köstlichsten. Er stellte gegen den Antrag Peucker den Gegenantrag, falls Unbequemlichkeiten sich in den zu großen Wahlbezirken der zweiten Abteilung sich ergeben sollten, dann möge man auch wie in der 3. Abteilung die Wahlbezirke in Abstimmungsbezirke zerlegen. Daß hierdurch Unbequemlichkeiten beseitigt werden können, stimmt. Aber an der Ungleichheit des Wahlrechts wird nichts geändert. Indessen demokratische Motive haben bei dem Freisinnsmanne Breslauer keine Geltung. Es gehe nicht an, alle vier Jahre vielleicht die Wahlbezirke zu ändern. Unterschiede in den Wählerziffern habe es eben immer gegeben. Herr Stroßer im Landtage hätte ungefähr ebenso sprechen können. Seinen freisinnigen Parteifreunden kam der Oberbürgermeister zu Hilfe. Zunächst meinte er, daß die Unterschiede in den Wählerziffern — sie schwanken allein in der 2. Abteilung zwischen 200 und über 600! — nicht so bedeutende seien, um zu Klagen Anlaß zu geben. Auch würde für die Minoritätsparteien durch die Teilung ein wesentlicher Vorteil nicht herausspringen. Auch habe es keinen Zweck, jetzt eine Aenderung vorzunehmen, weil ja über kurz oder lang doch eine Aenderung des Kommunalwahlrechts zu erwarten sei. Die einzelnen Wahlkreise solle man stets so lassen, wie sie in ruhigen Zeiten gebildet worden sind und sie nicht nach der zufälligen Parteibildung ändern. Wahlkreisgeometrie treiben sei eine unangenehme Sache, aber keinesfalls könne man verlangen, daß zu Gunsten der eigenen Gegner Wahlkreisgeometrie getrieben werde.

Auch Herr Heilberg, der freisinnige Oberführer, erschien auf dem Plane, um das Wahlunrecht in Recht umzustempeln. Bereits Eingangs seiner Ausführungen gab er zu, daß bei dieser Wahlrechtsfrage für ihn vor allen Dingen die Tendenz des Peuckertischen Antrages ausschlaggebend sei, nicht das Prinzip. Die Erwägung, daß die mäßige Verbesserung der Wahlgleichheit eine Schwächung des freisinnigen Besitzstandes herbeiführen könnte, genügt, um bei Herrn Heilberg das demokratische Prinzip der Wahlfreiheit in den Hintergrund zu drängen. Besonders verdient festgehalten zu werden, daß nach Herrn Heilberg nicht die bloßen Ziffern ausschlaggebend sein dürfen, sondern die wirtschaftliche Bedeutung und Verschiedenheit der Wahlbezirke. In den Bezirken der inneren Stadt wohnen die Geschäftsleute, die ein größeres Interesse an den Geschicken der Stadt haben als die Bewohner der Vorstädte und vor allem mehr durch ihre Steuerkraft zur Erhaltung der Stadt beitragen. Also Herr Heilberg als Vertreter des reinsten Geldsackprinzips! Genosse Löbe wies mit Recht darauf hin, daß jene Leute, die Herr Heilberg besonders unter seine Fittiche nehme, schon durch das Hausbesitzerprivileg geschützt seien, worauf Herr Oertel, der Grundbesitzerführer, erklärte, daß die Hausbesitzer auf ihr Wahlprivileg zur Stadtvertretung pfeifen. Das soll ihnen nicht vergessen werden.

Neben diesen Wahlrechts-Erörterungen gingen mit großer Erbitterung geführte Erörterungen zwischen dem Oberbürgermeister, der Herren Heilberg, Breslauer, Stein und Feige einerseits und den Herren Stein und Nitschke — der seine Jungfernrede hielt — andererseits über Antisemitismus, Politik in der Stadtverordneten-Versammlung und andere schöne Dinge. Aus dieser Seite der Diskussion sei nur die Bemerkung des Herrn Oberbürger-

Aus aller Welt.

Schutz vor betrunkenen Schutzleuten! Von einem Arzt wird dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben: „Montag Abend 11½ Uhr erregte am Bahnhof Alexanderplatz die hin- und herschwankende Gestalt eines betrunkenen Schutzmanns Aufsehen. Bald gesellte sich der Beamte zu einer Dame, und nach wenigen Minuten wurde diese, ohne zu wissen warum, zur Wache geführt. Die Menge gab ihrer Entrüstung lauten Ausdruck, die noch stieg, als der Beamte auf dem Wege zur Wache in der Gontardstraße blank zog. Mit der einen Hand die Dame vor sich hertreibend, mit der anderen den Säbel in der Luft schwingend, gelangte der Schutzmann, der sich kaum auf den Beinen halten konnte, auf das Revier. Hier boten sich viele Zeugen an, u. a. wollte auch ich das Gesehene zu Protokoll geben. Zum Dank dafür wurde ich von einem anderen Beamten — einfach in eine finstere Arrestzelle gestoßen und eingeschlossen, obgleich ich in ruhigem Tone versicherte, daß ich ja weiter nichts wolle, als meinen Namen und meine Adresse zur Zeugenschaft nennen. Nach wenigen Minuten wurde ich aus meiner unangenehmen Lage durch den Wachtmeister befreit, nachdem ich mich durch Klopfen bemerkbar gemacht hatte.“

Von anderer Seite wird gemeldet, daß derselbe Schutzmann auf offener Straße einen Fleischermeister umarmte und dann mit demselben in das Bahnhofsgebäude ging. Hier fiel er eine auf ihren Mann wartende Frau in der beleidigendsten Weise angesprochen und sie, da sie sich diese Behandlung von einem Diener der öffentlichen Ordnung nicht gefallen ließ, mit sich gezogen haben, um sie nach der Wache zu bringen. Auf dem Wege dorthin sammelten sich viel Menschen, die dieselben Beobachtungen gemacht haben, wie der obige Arzt, der übrigens in einem Berliner Krankenhause angestellt ist.

Schon wieder 3 Bergleute durch Seilbruch getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch Abend um 9 Uhr auf dem Schacht „Prosper“ bei Essen. Das Seil riß und der Korb fiel in den Schachtsumpf, wobei drei in dem Korbe befindliche Bergleute getötet wurden. Der Unfall ist nach Angabe des Maschinisten auf Versagen der Fördermaschine zurückzuführen.

Hochwasser. Die anschwellende Isar durchbrach des Nachts bei der noch im Bau befindlichen Wehranlage südlich der Großhesseloher Brücke unweit München den Hochwasserdamm, in einer Strecke von 30 Metern, und droht auf dem Damm befindliche Transformationshaus samt dem Motor fort und richtet sonst am Ufer erheblichen Schaden an.

Waghalsiger Retter. Der Straßburger Sinn, cand. Hans Odgers, Sohn eines Regierungspräsidenten, rettete unter ganz außergewöhnlichen Umständen ein politisches Mädchen aus dem tiefen, schlammigen Wallgraben am Französischen Tor in Metz. Das Kind war die 7 Meter hohe Ufermauer herabgestürzt: der Retter mußte, nachdem er die kaum weniger hohe Mauer des anderen Ufers hinabgeklettert war, in dem eiskalten Wasser über 100 Meter schwimmen, ehe er das inzwischen untergegangene Mädchen erreichen und emporziehen konnte. Unter großen Schwierigkeiten wurde das bewußtlose Kind emporgezogen und ins Leben zurückgerufen, während der zurückgeschwommene, dann aber fast erstarrte Jüngling mittels einer von Offizieren und anderen Passanten gebildeten, recht gefährlichen Kette dem nassen Element entzogen wurde.

Beide Beine abgefahren. Der 50jährige Landwirt Peter Finkel aus Bergenheim geriet unter die Dampfstraßenbahn, wobei ihm beide Beine abgefahren wurden. Auf dem Transport nach dem Hospital verstarb der Verunglückte.

In die Luft geflogen. In Malz bei Innsbruck explodierte infolge Unvorsichtigkeit der Pulvervorrat eines Schießstandes. Das Gebäude flog in die Luft, die Trümmer flogen bis in den Ort Malz hinein. Der Pharmazeut Pöll und der Tapezierer Mayr wurden als ganz entstellte Leichen unter den Trümmern aufgefunden.

Geborstene Ordnungsstütze. Wegen langjähriger Unterschlagungen erschoß sich der Polizei-Sekretär Bucht in Pirmasens.

Vom Pferde gestürzt. Prinz Karl Friedrich ist auf dem Döberitzer Truppenübungsplatze mit dem Pferde so unglücklich gestürzt, daß er eine Gehirnerschütterung erlitt. Außerdem soll der Prinz durch einen Hufschlag des Pferdes leichte Hautabschürfungen im Gesicht erlitten haben.

Eine feine Pleite. In Bamberg erregt der Zusammenbruch der Bankfirma Müller u. Graefer großes Ärgernis. Der eine der Inhaber, Müller, der früher Kellner Abgeordneter war, hat einen Teil des Betriebskapitals hergegeben, das übrige stammte von einer Baronin. Als letztere infolge von Verwürfnissen ihr Geld zurückzog, begannen die Schwierigkeiten, die schließlich auch zum Angriff von Tropoff führten. Es sind namentlich katholische Geistliche geschädigt, die durch den Vater Müllers Kunden der Firma geworden waren. Der Teilhaber Graefer ist verschwunden. Die Verbindlichkeiten werden auf etwa 350,000 Mark geschätzt.

Die Kirche im Schnee. Aus Kempten wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: Von den geradezu gewaltigen Schneemassen, die dieser Winter namentlich auch im Allgäu brachte, zeugt folgende Tatsache: Ende voriger Woche war ich im Pfarrdorf Wiggen bei Immenstadt und war höchlich erstaunt, Pfarrer und Mesner mit Ministranten aus einem etwa acht Meter langen Tunnel kommen zu sehen, den die Leute um die Weihnachtszeit herum durch die der Kirche laternenden ungeheuren Schneemassen — diese waren zum Teil vom Sechsdach abgerutscht, größtenteils aber vom Chor abgeschaufelt worden — gegraben hatten, damit man zur Sakristei gelangen könne. Man denke damals an einen vielleicht nur wenige Tage dauernden Zustand, — in Wirklichkeit dauerte er mehrere Monate, bis vorige Woche.

Prinzliche Musterehen. Vor dem Gericht in Genf kam es dieser Tage zu einem Versöhnungsversuch zwischen dem früheren Erbherzog Leopold von Toskana, jetzigem Herrn Wölfling, und seiner Gemahlin. Wölfling erklärte entschieden, daß er es satt habe, es noch länger bei der vegetarischen Küche und der naturgemäßen Lebensweise seiner Frau aushalten. Eine Ehescheidung ist mithin unausbleiblich. Frau Wölfling reiste nach der gerichtlichen Verhandlung nach Zürich zurück, während ihr Gatte über sein Reiseziel nichts verlauten ließ.

Die verhängnisvolle Hetzjagd. Auf der Jagd nach seinem Hut stürzte der 60 Jahre alte Arbeiter Hollmann ins Wasser. Auf dem Kottbuser Damm in Berlin entführte ihm der Wind seinen Hut und warf ihn auf die Uferböschung des Kanals. Hollmann lief über das Geländer, verlor das Gleichgewicht und rollte die Böschung hinab ins Wasser. Arbeiter zogen ihn heraus, worauf er in einer Droschke nach dem Krankenhause geschafft wurde. Dort wurde neben einer Verletzung des Hinterkopfes ein Bruch des Backenknochens festgestellt.

Neue Erderschütterungen. Donnerstag früh wurde in Bozen ein ziemlich heftiges Erdbeben gespürt. Aus Perona werden ebenfalls zwei starke wellenförmige Erderschütterungen gemeldet, die zwar keinen Schaden anrichteten, aber immerhin die Bevölkerung in Aufregung brachten. Dann wird noch aus Rom gemeldet: Kurz vor 6 Uhr früh wurde in Padua, Salò, Mantua, Cremona, Piacenza und Urbino ein Erdbeben verspürt, das auch die seismographischen Apparate in Domodossola, Moncalieri, Porto Maurizio, Modena und Florenz registrierten.

Der „Sohn des Hauses“. Durch einen Gaunerstreich, der einen komischen Beigeschmack nicht entbehrt, wurde in Budapest der königlich ungarische Kämmerer Mikland Tanner schwer geschädigt. Während er dienstlich abwesend war, erschien in seiner Wohnung ein vornehmer Herr mit einer Kutschkarte und fragte den im Empfangszimmer erst seit kurzem angestellten Diener: „Ist Papa zu Hause?“ Auf die Frage des Dieners, wer er der Herr sei, erklärte der Fremde, daß er der Sohn des Kämmerers sei und dem Kutscher zu sich erbeten sei, wo er bei den Eltern Quartier habe. Der Gast sei bekanntlich, fügte der vornehme Herr hinzu, der Wohnung des allverehrten Kämmerers zu, wo er sich bei einer Flasche Wein ausruhen wolle und gab „Papa“ nach, bei welchem Gelegenheit er auch dem Diener [illegible] einen verabreichte, ehe er ihn verabschiedete. Eine Viertelstunde später traf der „junge gnädige Herr“ mit seiner Kutschkarte wieder in der Kämmerer, und bat Ihn, doch Ihnen und erklärte, er wolle nur noch einen notwendigen Gang machen: [illegible]

meisters festgehalten, daß er es **ganz für richtig** finde, **wenn die politischen Parteien auch im Stadtverordneten-Saale ihre Parteiinteressen vertreten.** Hoffentlich hält das Stadtoberhaupt diesen Grundsatz künftig auch unseren Genossen gegenüber aufrecht. Die Heuchelei der Herren von der Freien Vereinigung, daß sie in der Stadtverordneten-Versammlung keinen Antisemitismus treiben, wies Genosse **Schütz** humoristisch an einem Wahlflugblatt des Herrn Weide nach.

Der Antrag **Peucker**, den der Ausschuß I angenommen hatte, wurde gegen die Stimmen der Konservativ-Klerikalen und der beiden Sozialdemokraten schließlich abgelehnt.

Den Schluß der gestrigen Sitzung bildete die Interpellation über den Hauseinsturz an der Kaiser Wilhelmstraße, über den wir an anderer Stelle berichten.

Die Hauskatastrophe vor den Stadtverordneten.

Mit Spannung hatte man in der Bürgerschaft der Interpellation unserer Genossen **Löbe** und **Schütz** nebst neun anderer Stadtverordneten über den Hauseinsturz an der Kaiser Wilhelmstraße entgegengesehen. Hoffte man doch, bei dieser Gelegenheit Genaues und Amtliches über die Ursachen der Katastrophe zu hören. Doch hierin hatte man sich getäuscht. Der Oberbürgermeister als Chef der städtischen Baupolizei zog sich darauf zurück, daß der Stand der Aufräumungsarbeiten noch nicht genaue Feststellungen zulasse und daß auch in die Kriminaluntersuchung nicht eingegriffen werden könne. Dafür erging sich der Oberbürgermeister in der aufgeregtesten Weise in allerhand schweren Angriffen gegen die Bauarbeiterschutzkommission und ihren Leiter. Auf diese Angriffe eingehend zu antworten, wird noch anderweit Gelegenheit sein. Nur auf eins möge hingewiesen sein. Der Oberbürgermeister erklärte, er glaube trotz des Kopierbuchs der Bauarbeiterschutzkommission nicht an die Existenz des Briefes mit der Anzeige über den Bau. Wir stellen fest, daß bereits 3 Stunden nach der Katastrophe der Vorsitzende der Bauarbeiterschutzkommission uns mitteilte, er habe vor mehreren Monaten eine Beschwerde wegen des eingefallenen Hauses an die Baupolizei geschickt und gegen Abend des Einsturztages wurde uns das Kopierbuch mit dem von uns abgedruckten Briefe vorgelegt. Wenn dann weiter der Oberbürgermeister die Sache dadurch unglaubwürdig machen wollte, daß in den letzten 8 Tagen vor dem 11. Januar, dem Tage der Beschwerde, gar kein Frost geherrscht habe, so ist dieser scheinbare Widerspruch vielleicht daraus zu erklären, daß man aus Anlaß der Beschwerde über die mangelhafte Schutzdammer erst am 11. Januar die unkontrollierte Tatsache mit angezeigt hat, daß in dem heftigen Frost des Dezembers gemauert worden ist. Doch lassen wir den Bericht sprechen:

Stadtv. **Löbe**: Unsere Anfrage ist entstanden unter dem Eindruck der ersten Kunde über den [illegible] Einsturz, der nicht nur eine Anzahl schwerer Verletzungen zur Folge gehabt, sondern auch zwei Menschenleben gefordert hat. [illegible]

[illegible]

aufgewiesen: 2½ Stein Dicke auf dem Grunde, 2 Stein bis zum dritten Stock, darüber nur 1½ Stein, die Pfeiler entsprechend schwach. Aber diese vorgeschriebenen Maße sind beeinträchtigt durch die Verwendung der Verblender, die nur ¼ oder ½ Stein stark, die Zahl der Fugen ganz außerordentlich erhöhen, die Ausfüllung der Lücken mit Ziegelstückchen aus Sparsamkeit und Schnelligkeitsgründen ermöglichen und die Schäden des mangelhaft bindenden Mörtels vervielfältigen. Dabei ist es in den modernen Bauten sehr üblich geworden, hinter ordnungsmäßigen Läufern und Köpfen bis zum Giebel des Nachbarhauses Ziegelstücke aufzufüllen und sie sogar in die Hohlräume von Pfeilern zu legen. Erst spätere Generationen, die unsere Häuserblocks niederzureißen beginnen, werden die daraus entstehenden Unglücksfälle erleben. In wie weit das nachträgliche Einziehen der Decken eine Gefahr für das Gebäude gebildet hat, darüber sind die Fachleute sich nicht einig, aber auch der Laie wird wohl einsehen, daß ein solches Einziehen bei schwachen Mauern nur nachteilig wirken kann, einmal weil das darüber liegende Mauerwerk nicht mit derselben Sicherheit ruht. Im allgemeinen neige auch ich der Auffassung zu, daß die bestehenden Vorschriften für Bauten genügend sind, daß zwar gewisse Mindestmaße etwas vergrößert und die Mindesttemperatur heraufgesetzt werden sollten, daß aber das Hauptgewicht auf eine **genügende Kontrolle** über die Ausführung der bestehenden Vorschriften gelegt werden müßte. Da bin ich bei der Frage der **Arbeiterkontrolleure** angelangt. Es kann gar keine Frage sein, daß der Arbeiter, der selbst unter den Gefahren einer leichtfertigen Bauweise sein Leben riskiert, einen schärferen Blick für die Mängel haben wird, als der pflichtbewußte Beamte, der nur ab und zu auf dem Bau erscheinen kann. Die Forderung nach Arbeiterkontrolleuren auf Bauten wird jetzt nicht mehr allein von uns Sozialdemokraten, sondern auch von Zentrum und Freisinnigen verfochten, und in einigen bayerischen Städten, zum Beispiel München und Fürth, sind damit schon gute Erfahrungen gemacht worden. Wir verlangen den Arbeiterkontrolleur neben dem ausgebildeten Ingenieur. Gerade bei diesem Unglücksfall ist die Sachverständigkeit der Arbeiter in solchen Fragen bewiesen. Vergleichen Sie, was drei hervorragende Praktiker am Sonntag in der „Schlesischen Zeitung“ als Ursachen des Unfalls angegeben haben, und Sie werden finden, daß es sich deckt mit dem, was uns einfache Maurer und Mitglieder der Bauarbeiterschutzkommission sechs Stunden nach dem Unfall mitgeteilt haben und was in der Donnerstag-Nummer der „Volkswacht“ gedruckt steht. Die Bauarbeiterschutzkommission hat in einem Briefe vom 11. Januar die Baupolizei schon darauf hingewiesen, daß auf dem Neubau bei zu starkem Frost gemauert wird, und ich habe das Kopierbuch, in welchem der betreffende Brief enthalten ist, zur Ansicht mitgebracht. Vielleicht wird der Herr Oberbürgermeister seine Nichtbeachtung [illegible] in diesen Briefen erklären, und ich gebe gern zu, daß auch auf Seiten der Arbeiter Mißgriffe vorgekommen sind. Das passiert; wie die Debatte neulich gezeigt hat, sogar [illegible] im Landtag. Aber auch die Baupolizei und der Magistrat ist an der [illegible], weil er **die objektive Würdigung für eine Arbeiter-Organisation bisher nicht gefunden hat.** [illegible]

[illegible]

Oberbürgermeister Dr. **Bender**: [illegible]

[illegible]

mit groben Unwahrheiten an die Oeffentlichkeit treten. Aber schließlich ist die Frage der Arbeiterkontrolle auch eine solche, die von einer Kommune allein nicht gelöst werden könne, auch werde man wohl andere Organisationen dabei mitberücksichtigen müssen.

Was der Magistrat machen werde, ist schwer zu sagen. Aber in den beiden angedeuteten Richtungen, Verschärfung der Frostgrenze und Verhinderung des zu schnellen Bauens, müsse eine Besserung versucht werden, auch solle künftig neben den bisherigen Aufsichtsorganen der Ingenieur der Baupolizei mehr als bisher zur Kontrolle herangezogen werden. (Bravo!)

Mit diesen Ausführungen auf gleicher Linie bewegten sich die Ausführungen des Maurermeisters und Stadtv. **Heinze**, der vor allem den Betonbau in Schutz nahm.

Im Vertrauen auf sein Schlußwort als Referent hatte Genosse Löbe eine nochmalige Wortmeldung unterlassen. Da jedoch bei Interpellationen ein Schlußwort nicht durch die Geschäftsordnung vorgeschrieben ist, kam er am gestrigen Tage nicht mehr dazu, die Ausführungen des Oberbürgermeisters zu beantworten. Er hätte ihn sonst darauf aufmerksam gemacht, in welch weiter Entfernung von einander die „sozialdemokratischen Instanzen“ und die Bauarbeiterschutzkommission ihrer Pflicht nachgehen und daß die in Briefen gelegentlich zum Ausdruck kommende Erbitterung ganz andere Wurzeln hat als Herr Bender annimmt. Er hätte den Herrn Oberbürgermeister aber auch darauf aufmerksam gemacht, welcher Widerspruch darin liegt, daß er für die Behauptungen seiner Beamten ohne weiteres den guten Glauben fordert, über die Versicherung der Arbeiter, daß der umstrittene Brief abgesandt worden ist, aber sehr leicht hinweggeht. Auf die Sachlichkeit des „Volkswacht“-Artikels im Vergleich zu anderen Publikationen über den Unfall hätte sich noch ein Wörtchen reden lassen. Einiges davon kann ja noch nachgeholt werden, wenn die Bauarbeiterschutzkommission in einiger Zeit mit dem Gesuch an die Stadt herantreten wird, einen Beitrag für ihre Mustergerüstausstellung zu gewähren.

*** Gewerkschaftshaus und Kriminalpolizei.** Das Gewerkschaftshaus ist, wie in einem Teile unserer Auflage gestern schon gemeldet wurde, von der Lokalkommission im Versteigerungstermin für 353.400 Mk. erworben worden.

Das Grundstück besteht aus einem Vorderwohnhause mit großem Hof, einem Saalgebäude mit Restaurationsgarten, einer Kolonnade, einem Eiskeller, sowie aus Lager- und Werkstattsgebäuden, Brauhaus-, Maschinen- und Kesselhaus und einigen Nebengebäuden, und hat eine Größe von 56 Ar 51 Quadratmeter. Zur Gebäudesteuer ist es mit einem jährlichen Nutzungswerte von 24,117 Mk., zur Grundsteuer aber garnicht veranlagt. Betreibender Gläubiger war die Berliner Hypothekenbank-Aktiengesellschaft, welche ein Liquidat von 351,264.91 Mk. anmeldete. Der Zuschlag wird am 2. Mai erfolgen. Den Termin hatte auch Herr Kriminalkommissar **Getzwein** mit seiner Gegenwart beehrt, da er nicht mitbot, also offenbar doch nur in seiner Eigenschaft als Beamter der politischen Kriminalpolizei.

Wir fragen: was in aller Welt geht es die Kriminalpolizei an, wenn die Lokalkommission der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei sich ein eigenes Haus kaufen. Von gestohlenem Gelde geschieht es nicht und im übrigen hat sich die Polizei den Teufel um derartige Dinge zu scheren.

Wir fragen weiter: Was hatte Herr Getzwein nach dem Termine mit dem aus Berlin hierhergeschickten Beamten der Bank zu besprechen, die ihre Hypotheken auf dem Grundstücke stehen hat?

Will man noch im letzten Augenblicke dem Kauf Schwierigkeiten bereiten? Man soll es tun! Aber das eine mag die Kriminalpolizei sich merken: Und wenn die ganze Welt voller Getzweins und Bienkos wäre, ihr eigenes Heim bekommt die organisierte Breslauer Arbeiterschaft doch!

*** Die bekannte Janske-Strafkammer** beginnt in Breslau, nachdem ihre Wirksamkeit in Preßprozessen beendet ist, allmählich der Vergessenheit anheimzufallen. Außerhalb aber unserer Stadt erhält sie ihren Namen in Erinnerung durch verschiedene Prozesse, die gegen sozialdemokratische Blätter wegen angeblicher Beleidigung der Janskekammer anhängig gemacht werden. So fühlte sich die Kammer auch durch einen Artikel des „**Stettiner Volksboten**“ beleidigt, in dem das Urteil gegen den Genossen **Löbe** einer Kritik unterzogen wurde. Auf Veranlassung des Breslauer Richterkollegiums ist deshalb gegen den Genossen **Dunkel** in **Stettin** Anklage wegen öffentlicher Beleidigung erhoben worden.

*** Die Eintrittskarten für die fünf Mai-Versammlungen,** die am 1. Mai, Abends 8 Uhr, stattfinden, sind im Partei-Sekretariat, in der Expedition der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5-6, bei den Distrikts- und Bezirksführern des Sozialdemokratischen Vereins, im Gewerkschaftsbureau, Arbeiter-Sekretariat, Nikolaistraße 18/19 I, in den Bureaus der Gewerkschaften und an der Kasse zum Preise von 10 Pfg. zu haben. Programme für das **Maifest** am 5. Mai an den bekannten Stellen.

*** Für Schottwitz und die umliegenden Ortschaften** findet **Sonntag, den 28. April, Nachmittags 3 Uhr,** im Gasthaus von **Kobelt** in Schottwitz, eine große öffentliche Volks-Versammlung statt. Genosse **Kaul** wird über die Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiterschaft referieren. Bauern, Handwerker, Arbeiter und Frauen! Erscheint in Massen in der Versammlung. Es gilt zu demonstrieren für den Achtstundentag, gegen Unterdrückung und Ausbeutung durch den Kapitalismus, für den Völkerfrieden, gegen den völkervernichtenden Militarismus.

*** Volksvorstellung des Sozialdemokratischen Vereins.** Alle diejenigen, die sich erst am Sonntag selbst entschließen wollen, ob sie Goethes „Torquato Tasso“ sich ansehen und dadurch einen hohen Kunstgenuß sich verschaffen wollen, seien darauf hingewiesen, daß sie an der Kasse des Theaters die doppelten Preise zahlen müssen. Sie tun deshalb gut, wenn sie sich bereits im voraus die Billets besorgen. Eine kleine Anzahl davon sind noch bis morgen Abend in der Expedition der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5-6, Hof, zu haben.

[illegible]

Kleine Chronik. [illegible]

* **Oberschlesischer Städtetag.** Auf der Tagesordnung für die 27. allgemeine Jahresversammlung des Oberschlesischen Städtetages, welche am **Montag, den 10. Juni**, Vormittags im Rathause zu Ratibor stattfindet, stehen u. a. folgende Punkte: „Abänderung der Vereinssatzungen", Berichterstatter Oberbürgermeister Warmbrunn-Neisse; „Der mitteleuropäische Wirtschaftsverein insbesondere in seiner Bedeutung für die Städte Oberschlesiens", Berichterstatter Professor Dr. Julius Wolf-Breslau; „Grundsätze des Städtebaues", Berichterstatter Stadtbaurat Brugger-Beuthen OS.; „Feier des hundertjährigen Jubiläums der Städteordnung im Jahre 1908", Berichterstatter Oberbürgermeister Stoller-Königshütte; ferner die üblichen Geschäftsberichte und Neuwahl des Vorstandes.

* **Volksheim des Humboldtvereins,** Anderssenstr. 31, I. Am Sonntag, den 28. April, Abends 6½ Uhr, findet ein Vortrag des Herrn cand. hist. art. Franz Landsberger über „Das Bildnis in der Kunst" statt. Der Eintritt ist frei.

* **Im Stadt-Theater** wird als dritte Vorstellung im Wagner-Zyklus am Freitag „Lohengrin" gegeben. In der Partie der Elsa wird Frl. Marg. Sommerfeld vom Stadttheater in Elberfeld auf Engagement gastieren. Am Sonnabend geht Richard Strauß' Musikdrama „Salome" in Szene. (Anfang 8 Uhr.) Am Sonntag folgt im Wagner-Zyklus „Tristan und Isolde". (Anfang 7 Uhr.) Am Nachmittag geht Sudermanns Schauspiel „Die Ehre" zu ermäßigten Preisen in Szene.

* **Im Lobe-Theater** setzt am Freitag Karl William Büller, der bei seinem ersten Auftreten mit stürmischem Beifall begrüßt wurde, sein Gastspiel als Cäsar Wichtig in der lustigen Posse „Der Registrator auf Reisen" von L'Arronge und G. v. Moser fort. Am Sonnabend findet die 46. Aufführung des Lustspiels „Husarenfieber" statt. Am Sonntag feiert Lehars Operette „Die lustige Witwe" das Jubiläum ihrer 75. Aufführung. Nachmittags wird zu kleinen Preisen Johann Strauß' Operette „Die Fledermaus" gegeben.

* **Im Thalia-Theater** findet am Sonntag das dritte Gastspiel von Karl William Büller statt. Der Künstler spielt noch einmal den Theaterdirektor Striese in Schönthans Schwank „Der Raub der Sabinerinnen", in welcher Rolle er am Mittwoch im Lobe-Theater stürmische Heiterkeit erregte. — Die Preise sind nicht erhöht. Der Vorverkauf erfolgt am Sonnabend im Thalia-Theater.

* **Im Breslauer Schauspielhause** beherrscht gegenwärtig die Strauß'sche Meisteroperette „Der Zigeunerbaron" den Spielplan. Am Freitag geht dieses glänzend ausgestattete Zugstück zum fünften Male in Szene. Am Sonnabend findet die erste Vorstellung des dreiaktigen Lustspiels „Die glückliche Gilberte" („Henriette") von Maurice Hennequin und Paul Bilhaud, deutsch von Max Schönau, statt. In anderen Großstädten hat diese Komödie bereits hohe Aufführungsziffern erzielt. Am Sonntag geht Nachmittags 3½ Uhr bei halben Preisen die Detektivkomödie „Sherlock Holmes" in der Originalbesetzung und Abends 8 Uhr zum 6. Male „Der Zigeunerbaron" in Szene.

* **Schnell tritt der Tod den Menschen an.** Am Donnerstag, Nachmittags gegen 3 Uhr, verschied plötzlich bei der Teilnahme an einem Begräbnis auf dem Oswitzer Friedhöfen ein 78jähriger Rentier von der Brandenburgerstraße infolge Schlaganfalls. Die Leiche wurde nach der Anatomie gefahren.

* **Brände.** Am 25. April, Vormittags gegen 11¾ Uhr, wurde die Feuerwehr nach Weidenstraße Nr. 8 gerufen, wo in einer Wohnung im zweiten Stock hinter dem Ofen lagernde Stoff- und Papierabfälle gebrannt hatten. An demselben Tage Vormittags wurde die Feuerwehr nach Katzbachstraße Nr. 9—13 gerufen, wo in einer Räucherkammer etwa 40 Zentner Speck in Brand geraten waren.

* **Gestohlen** wurden: aus der Schirrkammer eines Neubaues an der Ohlauer Chaussee durch Einbruch mehrere Schaufeln, eine Unterjacke und 30 Gipsäcke, einem Hausbesitzer an der Michaelisstraße ein Bernhardinerhund im Werte von 120 Mark, aus einer Wohnung auf der Brandenburgerstraße einem Fleischergesellen eine silberne Zylinderuhr.

* **Unfälle.** Am 24. d. Mts. wurde ein Weinküfer auf der Nikolaistraße durch einen Fleischerwagen überfahren; er erlitt erhebliche Verletzungen am Kopfe. Zur Anlegung von Verbänden wurde er in das Allerheiligen-Hospital geschafft. — An demselben Tage stürzte auf der Lessingstraße ein Arbeiter von einem Pferde und erlitt eine schwere Quetschung des Kreuzbeines. Nachdem ihm durch einen Arzt der Unfallstation auf der Karlstraße Hilfe geleistet worden war, wurde er in einem Krankenwagen seiner Wohnung auf der Wollweberstraße zugeführt.

* **Vermißt** wird die 49 Jahre alte Frau Marie Schattmann aus Klein-Tschansch. Sie hatte sich am 19. d. M. entfernt, um sich zu einem Arzt zu begeben und ist seit dieser Zeit verschwunden. Es wird vermutet, daß ihr ein Unglück zugestoßen ist. — Ferner wird seit dem 22. d. M. die 42 Jahre alte Meta Mittmann, Ohlauufer Nr. 37 vermißt.

* **In das Polizeigefängnis** wurden am 24. d. M. 28 Personen eingeliefert.

* **Gefunden** wurden: ein Trauring, ein Schlüsselbund und ein Portemonnaie mit Inhalt.

* **Abhanden** kamen: eine Brosche mit einem goldenen Fünfmarkstück, eine goldene Damenuhr, gez. H. P., eine Damenuhr mit Blumenverzierungen auf dem Deckel, eine goldene Kramattennadel, eine Nickelbrille und ein Portemonnaie mit 100 Mark Inhalt.

* **Festgenommen** wurde ein Kaufmannslehrling, der in Berlin 500 Mk. unterschlagen hatte. Nachdem er das Geld bis auf den letzten Pfennig durchgebracht hatte, stellte er sich freiwillig der Polizei.

Aus Schlesien und Posen.

Aus der Rumpelkammer der Gesetzgebung.

Nach einer alten Polizei-Verordnung für Schlesien vom Jahre 1801 soll der Nachtwächter, der seinen Dienst versieht mit Stockaxt versehen. Der Nachtwächter R. in einem schlesischen Orte hatte im November v. J. den Nachtdienst gegen 12 Uhr verlassen und die Nacht in seinem Bette durchgeschlafen. Sowohl das Schöffengericht als auch das Landgericht sprachen R. frei, weil die alte Polizei-Verordnung durch die Vorschriften des Strafgesetzbuches außer Kraft gesetzt sei. Diese Entscheidung focht die Staatsanwaltschaft durch Revision beim Kammergericht an, indem sie behauptete, die alte Polizei-Verordnung von 1801 sei noch wie vor rechtsgültig, nur sei anstelle des Stockes Haft als Strafe getreten. Das Kammergericht wies jedoch die Revision als unbegründet zurück. Aus den amtlichen Verhandlungen geht hervor, daß unter Stockstrafe eine Leibesstrafe zu verstehen sei, welche durch Verhängung des Delinquenten mit gebeugtem Rücken in einen Block vollzogen wurde. Letztere Art der Strafe sei durch das preußische Strafgesetzbuch abgeschafft und durch das Reichsstrafgesetzbuch beseitigt worden.

Die Redaktion und Polizeiaufsicht auf Umwegen wieder einzuführen zu wollen, niemand würde sich mehr genen, als Herr Delbrück. Im übrigen paßt auf den vorliegenden Fall so recht das Wort:

„Es erben sich Gesetz und Rechte
Wie eine ewige Krankheit fort. . . ."

Brieg, 26. April. In der letzten Sitzung des Gewerkschaftskartells wurde beschlossen, den Boykott aufzuheben. Damit ist nun nicht gesagt, daß der Kampf gegen die Firma eingestellt worden ist. Im Gegenteil! Die Organisationen werden mit aller Kraft aufbauen werden und dann können sich die Kräfte darauf verlassen, daß ihrem Siege die Niederlage folgen wird. Den Gewerkschaften und Genossen liegt jetzt die Pflicht ob, unermüdlich an die Arbeit zu gehen.

Liegnitz, 24. April. Gewerkschaftskartell gegen den hiesigen Arbeiter-Konsumverein. Der Vorstand des hiesigen Kaufmännischen Vereins hat den Eisenbahnminister ersucht, den Eisenbahnbeamten die Beteiligung an dem hiesigen Konsumverein zu untersagen. Daß der Verein sozialdemokratischen Tendenzen huldigt, soll daraus hervorgehen, daß das Wahlprogramm der Partei während der Reichstagswahl in den Räumlichkeiten des Konsumvereins untergebracht war und der Vorsitzende des Vereins die Flugblätter verantwortlich zeichnete. Ein Bescheid des Ministers ist, wie der Vorsitzende des Kaufmännischen Vereins in der letzten Sitzung berichtete, noch nicht eingegangen.

Diese Auslegung ist rein künstlich. Danach müßte zum Beispiel der Wirt, der einem Sozialdemokraten eine Wohnung vermietet, auch Sozialdemokrat sein. Das wäre logisch, nicht aber tatsächlich Generalunsinn. Wenn der Vorsitzende des Konsumvereins sozialdemokratische Flugblätter unterzeichnet hat, so tat er das in seiner Eigenschaft als Staatsbürger und nicht als Vorstandsmitglied des Konsumvereins.

Sollte der scharfsinnige Vorstand im übrigen nicht wissen, daß das Genossenschaftsgesetz jede politische Betätigung der Konsumvereine untersagt und die Behörden eventuell zur Auflösung schreiten können?

Görlitz, 24. April. Der Weberstreik in Wugerhorf dauert fort. Bei drei Firmen stehen 1900 Webstühle still. Die Färber, Spuler und Treiber haben ihre Vorräte aufgearbeitet; da sie nicht weiterarbeiten können, verlangen sie mit Recht Entschädigungen.

Königshütte, 26. April. Ueber die Lohnbewegung im Baugewerbe Oberschlesiens referierte in einer stark besuchten Maurerversammlung der Bezirksleiter H. Bande. Es sei erfreulich, daß es zu einer Einigung gekommen, der neue Tarif biete gewisse Vorteile, die Kollegen sollten sich deshalb zufrieden geben. Der neue Tarif sehe eine Lohnsteigerung von 35 Pf. auf 39 Pf. pro Stunde bis 30. Juni und von da ab 40 Pf. vor. Redner kommt dann auf das Verhalten der „Christlichen" und der katholischen Fachabteilung zu sprechen, die nach dem Abschluß des Tarifs dieselben Forderungen bewilligt haben wollten. Wenn sich die Unternehmer darauf nicht einließen, so sei das ihrer eigenen Schuld zuzuschreiben. In der Debatte wendeten sich mehrere „Christliche" zum Wort, denen aber, weil sie persönlich angriffen, gehörig die Leviten gelesen wurden.

Kattowitz, 26. April. Neue Opfer der zarischen Henker. In der Kattowitz nahe gelegenen russisch-polnischen Kreisstadt Bendzin ist wieder eine Anzahl braver Parteigenossen dem Blutdurst der zarischen Henkersknechte zum Opfer gefallen. Dort hatten sich in einer Privatwohnung einige zwanzig Sozialdemokraten versammelt, um Parteiangelegenheiten zu beraten, als plötzlich von Soldaten durch die Fenster geschossen wurde. Drei der Versammelten wurden dabei sofort getötet, fünf andere schwer verwundet. Der Rest, etwa fünfzehn Personen, wurde gefangen fortgeführt. Das Verbrechen der Armen, für das sie mit ihrem Leben büßen müssen, bestand in einer Handlung, die in jedem auch nur entfernt kultivierten Staate das selbstverständliche Recht jedes Bürgers ist. In Rußland büßt man solche Handlung mit dem Tode, mindestens mit langem Gefängnis, unter empörenden Martern. Und da entrüsten sich noch Leute über den Terrorismus, die Wiedervergeltung durch die also Gepeinigten!

Kattowitz, 25. April. 14 Prozent Dividende wird die Donnersmarckhütte ihren Aktionären für das verflossene Geschäftsjahr zahlen. In dem Jahresbericht wird mit Stolz hervorgehoben: „Aus den Kreisen unserer Aktionäre sind vielfache Anfragen ergangen, ob wir die Absicht haben, uns mit anderen Gesellschaften zu fusionieren oder in dauernde Interessengemeinschaft zu treten. Wir verneinen dies. Wir haben in fast zwanzigjähriger Arbeit unsere Werke gekräftigt und so konkurrenzfähig gestaltet, daß wir einer Anlehnung an andere Werke nicht bedürfen. Der Starke ist am kräftigsten allein.

Die Früchte unserer Tätigkeit sollen unsere Aktionäre, welche uns mit ihrem Vertrauen beehrten und unsere Verwaltungsgrundsätze billigten, allein tragen."

Das heißt also, die Arbeiter können sich den Mund wischen, sie, die im wesentlichen dazu beigetragen haben, den hohen Profit und die 14 Prozent Dividende zu erzielen. Wenn der Bericht mit Schiller ausruft: „Der Starke ist am mächtigsten allein", so sollten die Arbeiter mit demselben Dichter durch die Tat bekräftigen: „Verbunden werden auch die Schwachen mächtig"! Also hinein in den deutschen Bergarbeiterverband.

Groß-Strehlitz, 26. April. Beanstandung der Wahl Glowatzkis. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat gestern, wie das „Wolffsche Telegr.-Bureau" meldet, beschlossen, die Wahl des Abg. Glowatzki (Zentrum) zu beanstanden. Erzpriester Glowatzki wurde bekanntlich für Groß-Strehlitz-Cosel mit Hilfe der Deutschen, die in der Hauptwahl fast 5000 Stimmen für Landrat von Hanenschild abgegeben hatten, gegen den Polen Siemianowski mit rund 11,500 gegen 8900 Stimmen gewählt. In der Hauptwahl hatte Glowatzki 7400, sein Gegner 8500 Stimmen.

—z. **Bromberg,** 20. April. Der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein entfaltet zurzeit unter den hiesigen Metallarbeitern eine rührige Tätigkeit, aber nicht etwa zur Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in der Metallindustrie, sondern um den Mitgliederschwund, an dem er leidet, wieder wett zu machen. Vor Jahren wäre er hier wohl in der Lage gewesen, für die Arbeiterschaft und dann besonders für seine Mitglieder bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, aber dazu verstand er sich damals, wo er eine stattliche Mitgliederzahl aufzuweisen hatte, nicht. Nebensächliche Dinge, die die Arbeiterschaft wenig interessierten, wurden für sie zur Staatsaktion aufgebauscht. Auch die jetzige Agitationsweise läßt wieder nicht darauf schließen, daß es diese Herren wirklich ernst mit der Verbesserung der Lage der Arbeiter meinen. Die letzte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, die seitens dieser Organisation einberufen worden war, gab uns wenigstens hierfür den Beweis. Der früher hier ansässige Buchdrucker Dornblüth, welcher jetzt im Generalrat der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine zu Berlin domiziliert, referierte in derselben über „Die Stellung des Gewerkvereins in der Arbeiterbewegung". Die Versammlung, die von Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes einmütend überfüllt stark besucht war, wie von den „Getreuen" des Referenten, hat das Generalratsmitglied nichts neues mehr. Alle Kunst widerlegte Kalauer, die den Stempel der Unwahrheit tragen, brachte er auf das Tapet. In der der Schimpfkanonade folgenden Diskussion gewährte man jedem der Diskussionsredner ganze sehr Minuten Redezeit, auf Protest der Mitglieder des deutschen Metallarbeiter-Verbandes hingegen verlangte man dem Genossen Reig vom Metallarbeiter-Verbande eine [illegible] Redezeit zu gewähren. 28 Minuten ließ man ihn im ganzen sprechen und entzog ihm dann das Wort, um dem Referenten das Schlußwort zu erteilen. Gegen dieses „Entgegenkommen" protestierten unsere Genossen und verließen, den Dornblüth mit seinen Agenten zurücklassend, den Saal.

—z. **Bromberg,** 25. April. Mit den christlichen Gewerkschaften will der hiesige nationalliberale Arbeiterverein nun nichts mehr zu tun haben. Der Gesamtvorstand dieses Vereins beschloß in seiner letzten Sitzung, den Mitgliedern den Beitritt zu den christlichen Gewerkschaften nicht mehr zu empfehlen, sondern ihnen Mitgliedschaften freizulassen, dem Gewerkverein beizutreten, welchem er wolle, wobei aber die freien Gewerkschaften ausgeschaltet sein sollen. Veranlassung zu ihrem Vorgehen gaben ihnen mit die letzten Reichstagswahlen, durch welche sie zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß die christlichen Gewerkschaften die Hilfstruppen der Zentrumspartei seien.

—b. **Bromberg,** 25. April. Zwecks Zusammenschluß sämtlicher Arbeiterschaften im Arbeiterschutzgesetzes sind dieser Tage hier von dem allgemeinen Bergarbeiter-Verbande und dem Arbeiterschutz-Sekretariat, in der an Herrn Gräbe über „Die Frauen und Politik" referierte. Der sich im Vortrage [illegible] über [illegible] aus, der nicht [illegible] über, sondern auf den, welchen angeblich die Arbeiter ausübte, um hiermit für das Arbeiterschutzgesetz zu begeistern.

Die Arbeiter tun gut, sich an den Unternehmer ein Beispiel zu nehmen und sich auch zusammenzuschließen, wozu die Organisation der geeignete Ort ist.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Mit dem Bau des Elektrizitätswerkes in Schweidnitz wird demnächst begonnen. Die Inbetriebsetzung steht noch im Laufe des Monats Oktober zu erwarten. Die im ersten Ausbau zur Aufstellung kommende maschinelle und elektrische Einrichtung der Zentralstation ist einem Anschlußwerte von zirka 1000 Pferdekräften oder dem Aequivalent von zirka 16,000 Glühlampen zu je 16 Normalkerzen entsprechend bemessen. Bei steigendem Konsum ist die Erweiterung der Station vorgesehen. Die Strompreise sind für Licht 40 Pfennige, für Kraft 20 Pfennige. — Ein Nordweststurm von gewaltiger Stärke tobt seit der letzten Nacht im Eulengebirge und richtete allerorts bedeutenden Schaden an. Zahllose Fensterscheiben wurden zertrümmert; der Winddruck war so stark, daß er an vielen Häusern an geschlossenen Fenstern die Scheiben eindrückte. Die Anpflanzungen und Schmuckanlagen wurden übel zugerichtet; die Wege in ihnen sind mit Aesten überstät. Auch an Gebäuden ist viel Schaden angerichtet. Im freien Gelände ist der Verkehr nahezu unmöglich. An verschiedenen Stellen zerrissen durch den Winddruck die Telephon bezw. Telegraphenleitungen. — Zwei große Schadenfeuer wüteten am Montag Abend im Eulengebirge. In Kaschbach wurde das Gehöft des Bleichereibesitzers Schubert ein Raub der Flammen. Das Wohnhaus, die Scheuer und die Stallung brannten nieder und mit ihnen mehrere Wagen und ein großer Hol bestand. Ferner wurde in Schmiedegrund eine Stelle eingeäschert, als die Tochter des Besitzers Hochzeit feierte. In beiden Fällen scheint böswillige Brandstiftung vorzuliegen. — Das Dominium Kotowo (Kreis Grätz) ist vollständig niedergebrannt. Ein vierjähriges Kind ist in den Flammen umgekommen. Da das Feuer an drei Stellen zugleich ausbrach, liegt anscheinend Brandstiftung vor.

Briefkasten.

Brieg. Die Kosten Ihrer Kur und Verpflegung im städtischen Krankenhause sind Sie zu zahlen verpflichtet. Wenn Sie aber nicht zahlen können, so teilen Sie dies dem Magistrat mit.

H., hier X. 1. Die 3 Mk. wöchentlicher Alimente müssen Sie zahlen, nachdem Sie sich hierzu verpflichtet haben; eine Ermäßigung dieses Satzes kann nicht eintreten. 2. Nein.

P. G. 2. 1. Von Ihrem Wochenlohn, der 19 Mk. beträgt, kann Ihnen wegen Gerichtskosten nichts gepfändet werden. 2. Den Lohn Ihrer Frau wegen Ihrer Verpflichtungen in Anspruch zu nehmen, ist unzulässig. 3. Zur Leistung des Offenbarungseides können Sie aufgefordert und wegen Verweigerung in Haft genommen werden. 4. u. 5. Nein.

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 26. April:

Zimmerer. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saale.

Maschinenarbeiter. Mitglieder-Versammlung.

Sonnabend, den 27. April:

Zimmerer. Jeden Sonnabend: Zahlabend.

Buchbinder. General-Versammlung. Anträge zum Verbandstag in Nürnberg. Einführung einer Invaliden-Unterstützung? Zimmer Nr. 2.

Sonntag, den 28. April:

Putzer. Vormittags 11 Uhr: Mitglieder-Versammlung.

Steinarbeiter-Verband. Vormittags 10—12 Uhr: Kassentag. Zimmer Nr. 7.

Mittwoch, den 1. Mai:

Große Volks-Versammlungen. Vormittags 9 Uhr und Abends 8 Uhr im großen Saale.

Sonntag, den 5. Mai:

Großes Maifest. Nachmittags 4 Uhr.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 8 (Odertor).

Montag, den 29 April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Distriktslokal. Jeder Bezirksführer hat auch zu erscheinen.

Land-Distrikt 2.

Jeden Montag, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft im bekannten Lokale.

Land-Distrikt 9 (früher 7).

Sonntag, den 28. April, Vormittags 10 Uhr: Distrikts-Zusammenkunft bei Grenner in Groß-Tschansch. Der Distriktsführer.

Land-Distrikt 11 (Deutsch-Lissa und Umgebung.)

Sonnabend, den 27. April, Abends 8 Uhr: Distriktszusammenkunft im bekannten Lokale.

Am Mittwoch, den 24. d. Mts., früh 4½ Uhr, verschied plötzlich meine liebe Frau, unsere innigstgeliebte, herzensgute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Auguste Köhler,

geb. Scharner

im 45. Lebensjahre.

Dies zeigen schmerzerfüllt mit der Bitte um stille Teilnahme an

Der trauernde Gatte nebst Kindern.

Beerdigung findet Sonnabend, den 27. April cr., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kommunal-Friedhofes in Oswitz aus statt. Trauerhaus: Schweidnitzerstraße 41. X27

Achtung! Achtung!

Sonnabend, den 27. April, abends 8 Uhr

Große öffentliche Volks-Versammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses,

Margaretenstraße 17.

Thema:

1. **„Die Polizei im Kampfe gegen den Anarchismus"**

Referent: **Rupp Sorter**-Berlin.

2. **Freie Diskussion.** 9086

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Entree 10 Pfg. **Der Einberufer.**

Gross-Mochbern.

Sonnabend, den 27. April, abends 8 Uhr, findet eine

Versammlung

wegen Gründung eines Gesangs-Zither- und Turnsche-Vereins bei **Karl Lange** statt. Um zahlreiches Erscheinen bittet

X127 **Der Einberufer.**

„BONA"

Hausfrauen!

1906

Die bekannte hochfeine Margarine ist in BRESLAU in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Stadt-Theater.

Freitag:
Wagner-Cyklus. 3. Vorstellung:
„Lohengrin".
Sonnabend, Anfang 8 Uhr:
„Salome".
Sonntag, 11½ Uhr:
Matinée
zu Gunsten der Dtsch. Bühnen-Genossensch.
Sonntag, nachmittags 3½ Uhr:
„Die Ehre".
Abends 7 Uhr:
Wagner-Cyklus. 4. Vorstellung:
„Tristan und Isolde".

Lobe-Theater.

Freitag:
Gastspiel William Füller:
„Der Registrator auf Reisen".
Sonnabend:
„Hasarenfieber".
Sonntag, nachmittags 3½ Uhr:
„Die Fledermaus".
Abends 7½ Uhr zum 75. Male:
„Die lustige Witwe".

Thalia-Theater.

Sonntag, abends 7½ Uhr:
Gastspiel William Füller:
„Der Raub
der Sabinerinnen".
Billetverkauf: Sonnabend von 10—2 Uhr
im Thalia-Theater.

Schauspielhaus

Freitag, 8 Uhr:
„Der Zigeunerbaron".
Sonnabend, 8 Uhr, Premiere:
„Die glückliche Gilberte".
Sonntag, nachmittags 3½ Uhr:
„Sherlock Holmes".
Abends 8 Uhr:
„Der Zigeunerbaron".

Liebich's Etabl.
Das brillante
April-Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
Gastspiel
Liane Leischner
[illegible]
11 Araber.
12 Attraktionen.
Anfang 7½ Uhr.
Bons Wochentags gültig.

Strohhüte!

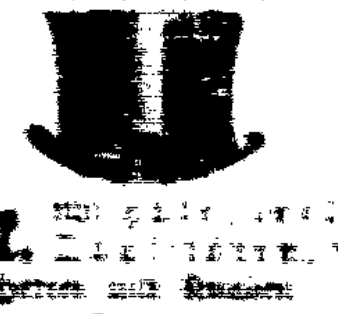
[illegible] Friedrich Paul

Möbel Spiegel.
Polsterwaren
[illegible]
Kein Abzahlungsgeschäft
[illegible]
Preise enorm billig.
[illegible]
Teppiche, Läufer, Uhren.
F. Pauer, Sandstr. 5.

Das älteste, fachmännisch geleitete Hut-Geschäft an der [illegible] ist von

Hut-Hanke

Inh. Joh. Tonner
Friedrich-Wilhelmstr. 23.



Hut- [illegible]
Herren und Knaben
Mützen, Schirme, [illegible]
zu billigsten Preisen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts"
Gottesberg, Sonntag, den 28. April 1907:
Tanz-Kränzchen
im Schützenhause [2031] Anfang 6 Uhr
wozu ergebenst einladet Der Vorstand.

Volksvorstellung 1906/7
(Thalia-Theater).
XII. Vorstellung.
Sonntag, den 28. April 1907
Nachmittag 3½ Uhr:
Torquato Tasso
von Goethe.
1. Rang 70 Pf., Parkett 60 Pf., Balkon und Parterre 50 Pf., Galerie 10 Pf.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht, sowie bei den Kolporteuren.

Um zu räumen
verkaufe jetzt zu Spottpreisen:

Herren-Uhren	von	3,00 Mk. an
Silberne Herren- und Damen-Uhren	von	5,50 Mk. an
Gold. Damen-Uhren	von	11,50 Mk. an
Gold. Herren-Uhren	von	24,00 Mk. an
Regulateure	von	5,75 Mk. an
Koch- u. Wanduhren	von	1,75 Mk. an
Trauringe, echt Gold	von	3,00 Mk. an

Ketten, Ringe, Broschen, Ohrringe, [illegible]
in [illegible] Auswahl unter [illegible] Garantie.
Eigene Reparaturwerkstatt für Reparaturen.
Preislisten gratis. [illegible]
A. Möwius, Uhrmacher
Uhren- und Goldwaren-Geschäft.
[illegible] Schmiedebrücke 36.

[illegible] Herren-Filz- und Strohhüten

Herren-Filz- und Strohhüten
A. Weinfeld, Inh.: Heinrich [illegible]
[illegible] 72, [illegible]

Maurer! Zimmerleute! Arbeiter!
[illegible]
Zeitungs-Kaffee 3,25 Mk., mit [illegible] 6,00 Mk.
[illegible]
„Konfektionshaus" Eugen Hamburger
[illegible] 23, [illegible]
[illegible]

[illegible]
Schuhwaren
Herren-, Damen- und Kinderstiefeln
zu staunend billigen Preisen.

Martha Christmann,
36. [illegible] 36.
[illegible]

Bürger-Kaffee
90 Pfge. per Pfund.
Ein rein und angenehm schmeckender Kaffee.
Teichmanns Kaffee-Geschäft
Schweidnitzerstrasse 3, Ecke Karlstr.
[illegible] in allen Stadtteilen. 1871

Radrennen
Sonntag, den 28. April, nachm. 3½ Uhr, 2016
auf der Zementbahn Scheitnig-Grüneiche
Gr. Frühjahrspreis
Dauerfahren über 30 und 50 Kilometer mit Motorschrittmacher.

Hagen.
[illegible]
Der Vorstand.

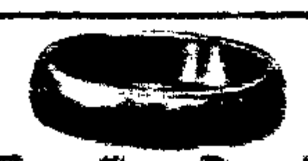
Gürtlerlehrl. [illegible]

[illegible]

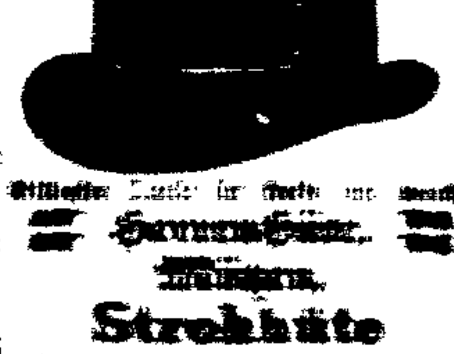
Sofa's spottbillig!
[illegible]

Parteigenossen
von [illegible] und Umgegend
empfehle ich mein
Barbiergeschäft.
Um zahlreichen Zuspruch bittet
Paul Schiller.

Widera's
Fleischerei u. Wurstfabrik
[illegible] 23
empfiehlt [illegible]
[illegible]


[illegible] goldene Trauringe,
[illegible]
Alfred Herzog,
Juwelier
[illegible] 8.

Schweinefleisch
35 Pf.
Bareke
[illegible]


[illegible]
Herrenhüte,
Mützen,
Strohhüte
für Herren und Knaben.
Herm. Barth
[illegible] 12
[illegible] 2.

J. Schneider
[illegible] 47
[illegible]

Herren-, Damen- und Kinderschuhen
Strandschuhe

Möbel,
Polsterwaren
jed. Art, liefert billig auch auf Teilzahl., eleg., gut gearbeitete
Diwan
[illegible] Mk. 35, 36 [illegible] 40,
Abzahl. pro Woche à 1 Mark.
Waterloostraße 28.

Hut-Fabrik
Paul Kasowsky,
[illegible]
Herren- u. Knabenhüte
in Seide, Filz und Stroh
[illegible]

Sparsame Hausfrauen!
kaufen das
Fleisch
am billigsten
am Ring, große Fleischbänke.
[illegible]
nur Ring bei **Altmann.**

Billiger, hochfeiner Röst-Kaffee
à Pfd. 78, 96 Pf. u. s. w.
[illegible]
sowie sämtliche Kolonialwaren billigst.
Kaffee-Rösterei mit Dampfbetrieb
Benno Neumann
Breslau 1407
Zentrale: Friedr.-Wilhelmstr. 32.
Filiale I: [illegible] 84.
II: [illegible] 1.
III: [illegible] 35.
IV: [illegible] 138.

Möbel,
Braut-Ausstattungen 1775
u. einzelne Stücke in nur gediegener Arbeit empfiehlt
Anton Gorski
Malergasse 30.

Traugott Friedrich
Friedrich-Wilhelmstr. 85.
[illegible]
Papier- u. Schreibwaren-Handlung
in empfehlende Erinnerung.
[illegible]
Friedrich-Wilhelmstr. 85.

Zu staunend billigen Preisen
kauft man das eleganteste und haltbarste
Schuhwerk, bei denkbar größter Auswahl in
[illegible]
nur bei
Robert Kretschmer, Schuhmachermstr.
Friedrich-Wilhelmstraße 32, [illegible]

Jul. Dressler & Co.
Breslau, Ring Nr. 6
[illegible] besten deutschen
Nähmaschinen in allen Systemen
und Spezialmaschinen
[illegible]
Original „Phönix"
für häusliche und gewerbliche Zwecke.

Hausfrauen
[illegible] ganz vorzüglichen 2036
Röst-Kaffee's
zum Preise von 45, 45, 50, 60, 80 Pfg. per ½ Pfund
in stets beliebter und bekannter Qualität.
Benedikt Jaschke,
[illegible] 61, Ecke [illegible]

Sozialdemokratische Philosophie
Eine Artikel-Serie von Josef Dietzgen.
Preis 30 Pfg.
zu haben in der
Buchhandlung Volkswacht.

2. Beilage zu Nr. 98 der „Volkswacht“.

Sonnabend, den 27. April 1907.

Deutscher Reichstag.

38. Sitzung. Donnerstag, den 25. April 1907, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Einem.

Debattelos wird die Einstellung des gegen den Abgeordneten Dr. **Potthoff** (Freis. Vgg.) schwebenden Strafverfahrens angenommen.

Die Generaldebatte über den Militäretat wird fortgesetzt.

Abg. **Noske** (Sozialdemokrat):

Gestern sind geradezu unglaubliche Anschauungen über unsere Stellung zum Heere vorgetragen worden. Wie uns in wirtschaftlichen Fragen unsere prinzipielle Stellung nicht verhindert, vorläufig Abschlagszahlungen hinzunehmen, so verlangen wir keineswegs eine plötzliche Abschaffung des Heeres, wohl aber seine allmähliche Umgestaltung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die von dem Reichskanzler in Aussicht gestellten Ersparnisse sollen nach dem Kriegsminister erst nach der Neubewaffnung und dem Umbau der Festungen möglich sein. Wir werden also auf die Ersparnisse lange warten können, denn daß mit der fortschreitenden Technik das Heerwesen nicht billiger, sondern teurer werden wird, darüber besteht wohl kein Zweifel. (Zustimmung bei den Soz.) Die Resolution Roxalla v. Bieberstein, welche höhere Preise für die Remontepferde fordert, scheint auch nicht gerade geeignet zu sein, Ersparnisse zu bringen. Schon jetzt machen mit den Remonten die ostelbischen Junker ein tüchtiges Geschäft. (Zustimmung b. d. Soz.). Herr Müller-Meiningen hat uns angedeutet, er wisse, wo Ersparn sie zu machen seien, er hat aber nicht gesagt, wo, und zwar mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses. Ich denke denn doch, daß die Finanzlage des Reiches wichtiger ist als die Geschäftslage des Hauses, und es sollte uns Herr Müller-Meiningen seine Wissenschaft nicht vorenthalten. (Heiterkeit und Zustimmung b. d. Soz.) Schon jetzt könnten nicht unerhebliche Ersparnisse gemacht werden, wenn man sich auf solche Ausgaben beschränkte, die zur Erzielung der Kriegstüchtigkeit des Heeres nötig sind. Mit dem Geiste der allgemeinen Wehrpflicht ist die bevorzugte Stellung der sogenannten Elitetruppen mit besonderen Aufwendungen für sie nicht vereinbar. (Sehr richtig! b. d. Soz.) So werden

118,000 Mk. für 12 Adjutanten des Kaisers

gefordert und **2,330,000 Mk. für 65 persönliche Adjutanten bei den deutschen Fürsten und Prinzen.** Im Interesse der Kriegstüchtigkeit des Heeres sind diese rein repräsentativen Stellungen nicht erforderlich. Auch die Militärkapellen könnten eingeschränkt werden. Mit klingendem Spiel zieht heute keine Truppe mehr ins Feuer. Die Einschränkung der Militärkapellen käme auch den durchweg in trauriger Lage befindlichen Berufsmusikern zu gute. Die Freisinnigen sind so zärtlich besorgt um die bewunderten Offiziere. Eigentlich hätte doch das liberale Bürgertum andere Anforderungen an das Offizierkorps zu stellen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Früher erhoben auch die Liberalen die Forderung der Demokratisierung des Offizierkorps. Angeblich trägt jeder Soldat den Marschallstab im Tornister. Tatsächlich kommt der Mann aus dem Volke

nicht über den Feldwebel

hinaus. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ueber die berechtigten Klagen des Abg. Dr. Müller-Meiningen betr. die drakonische Handhabung der Bestimmungen bei den Kontrollversammlungen ging der Kriegsminister mit ein paar billigen Witzen weg, die natürlich auf der Rechten verständnisinnige Heiterkeit auslösen. Es ist völlig wiederfinnig, die Militärgerichtsbarkeit auf den ganzen Tag, an dem die Kontrollversammlungen stattfinden, auszudehnen. Da werden denn Jahre Gefängnis für Vergehen verhängt, die bei Zivilgerichten, wenn es hoch kommt, mit ebensoviel Wochen belegt würden. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Herr v. Oldenburg behauptete, wir trieben mit unserem Antrage auf Erhöhung der Soldatenlöhnung Agitation. Nichts ist falscher. Wir haben alles Interesse daran, unsere Brüder und Söhne beim Militär so gut wie möglich zu stellen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß wir hier die Mißhandlungen zur Sprache bringen, wird uns von denselben Leuten zum Vorwurf gemacht, die hier stundenlang über wirkliche oder angebliche Fälle von Terrorismus in der Arbeiterschaft sprechen. Herr v. Liebert brachte es sogar fertig, die Sozialdemokratie für die Soldatenmißhandlungen verantwortlich zu machen. Es würde heißen, die Rede des genannten Herrn zu hoch zu bewerten, wollte man auf sie antworten. (Sehr gut! bei den Soz.) Herr v. Liebert sprach von der Verhätschelung in den Arbeiterfamilien. Nun, Arbeiter waren es nicht, die die Kinder aufforderten

auf Vater und Mutter zu schießen.

(Sehr gut! b. d. Soz.) Auffallend ist der hohe Prozentsatz von Unteroffizierschülern unter den wegen Mißhandlung bestraften Unteroffizieren. Für die Milde der Kriegsgerichtsurteile ist ein Fall bezeichnend, in welchem ein Unteroffizier einem Soldaten einen Papierkorb mit heißem Inhalt auf das Auge stülpte. Das Gericht nahm nicht Mißhandlung an, sondern nur einen Scherz. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Mißhandlungen führen oft zum Selbstmord der Verpfiffenen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Von der Absicht des Kriegsministers, den Konflikt zu mildern, hat man in der Praxis noch wenig gespürt. Wir wollen die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen. Das bedeutet selbstverständlich, daß wir alle für die Unabhängigkeit unserer Nation notwendigen Ausgaben zu bewilligen bereit sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wohl aber sind wir

Gegner von Eroberungskriegen.

Zu Verteidigungskriegen genügt ein Volksheer. Lange Dienstzeit ist nicht ausschlaggebend für die Tüchtigkeit, das ist vielfach in der Geschichte bewiesen worden. Die körperliche Ausbildung der Jugend ist äußerst wichtig für den Kriegsdienst. Aber wenn wir das Turnen in der Arbeiterschaft zu verbreiten suchen, so stoßen wir namentlich in Sachsen auf den systematischen Widerstand der Behörden. Man sagt, wir verleiten den Leuten den Dienst. Nicht unsere Reden, sondern die von uns kritisierten Zustände sind es, die den Soldaten den Dienst verleiden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Für Verfehlungen einzelner Sozialdemokraten kann man doch nicht die ganze Dreimillionenpartei verantwortlich machen. Einmütig und entschieden haben drei sozialdemokratische Parteitage

jede Kaiserhetzagitation abgelehnt.

(Sehr wahr bei den Soz.) Das ist maßgebend und nicht die Aeußerungen einzelner. Dagegen kann doch der Kriegsminister nichts haben, daß eine Parteitagsresolution die Soldaten auf ihr Beschwerderecht aufmerksam macht. Die Kenntnis des Beschwerderechts ist für den Gemeinen wichtiger als für die Offiziere die Kenntnis des Beschwerderechts. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir bekämpfen den Militarismus insofern und insoweit er unnötigen Drill, Soldatenschinderei, Kasttengeist und Verhetzung des Heeres gegen die Volksmasse bedeutet. Die Disziplin, die in unseren Reihen herrscht, sollte uns vor dem Vorwurf bewahren, daß wir Gegner der Disziplin sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Unsere Ablehnung des Budgetrechts bedeutet, daß wir gegen die Verwendung des Heeres gegen das Volk protestieren. Ich erinnere nochmals an die Aeußerung vom Schießen auf Vater und Mutter und daran, daß im vorigen Jahre die Soldaten mit scharfen Patronen versehen wurden, um evtl. gegen Wahlrechtsdemonstrationen einzuschreiten. Daher sind

Straßendemonstrationen durchaus erlaubt,

wie die nächtlichen Kundgebungen vor dem Reichskanzlerpalais und dem Kaiserschloß bewiesen. (Lebh. Beifall bei den Soz.) — Wir weisen die verlogene Behauptung zurück, daß wir Sozialdemokraten Deutschland ehr- und wehrlos machen wollen. Wir sind uns darüber klar, daß unter einem verlorenen Kriege die arbeitende Bevölkerung am meisten zu leiden hätte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir alle sind mit Genossen Bebel darin einverstanden, daß im Falle eines fremden Angriffs auf Deutschland die Sozialdemokraten die Flinte auf den Buckel nehmen würden. (Zust. bei den Soz.) Säbelrasseleien allerdings, wie sie hier gestern und vorgestern vorgekommen sind, halten wir für überflüssig und schädlich, zumal bei der jetzt außerordentlich gespannten Weltsituation. Die kulturelle und freiheitliche Hebung Deutschlands wird am besten das Volk gegen jeden fremden Angriff begeistern. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Kriegsminister **v. Einem:**

Ich akzeptiere die Erklärung des Vorredners, daß die sozialdemokratische Partei bereit ist, im Falle eines Angriffs auf das deutsche Reich es mit derselben Treue und Hingabe zu verteidigen, wie die anderen Parteien. (Lebh. Zurufe b. d. Soz.: Selbstverständlich! Haben wir immer gesagt!) — Ich habe nicht mit dem Säbel gerasselt, sondern nur die Kriegsfertigkeit konstatiert. (Sehr wahr! rechts.) Die Sozialdemokratie will das Heer abschaffen, das Bebel selbst als Meisterwerk der Organisation bezeichnet hat. (Abg. Bebel ruft: Umwandeln!) In allen Ihren Aufrufen fordern Sie die Abschaffung des Militarismus. Die gepriesenen französischen Revolutionsheere waren nichts als bewaffnete Banden. (Unruhe bei den Soz.) Anders stand es mit dem napoleonischen Heere, und erst diesem unterlag die preußische Armee, die durch die leichten Siege über die Sansculotten in falsche Zuversicht gewiegt worden war. — Die Sozialdemokratie untergräbt tatsächlich den militärischen Geist im Volke. Sie tritt die Erinnerungen an 1870 mit den Füßen. Die Manneszucht, die wir 1870 gehabt haben, hat uns die Hochachtung der ganzen Welt erhoben; die Manneszucht, die Sie (zu den Soz.) jetzt in die Jugend pflanzen, wird uns die Verachtung der ganzen Welt eintragen. (Beifall beim Block und im Zentr., Zischen b. d. Soz.)

Abg. Graf **Bendzewo-Mielczynski** (Pole) erkennt an, daß sich die deutschen Offiziere in den Ostmarken von pöbelhaften Ausschreitungen des Hakatismus fernhalten, klagt aber, daß der Geist des Hakatismus in die Militärbehörden eindringe, und zur systematischen Ausübung des Militärboykotts gegen polnische Saalinhaber führe. (Beifall b. d. Polen.)

Kriegsminister **v. Einem:** Gewiß ist der Boykott eine kleinliche und gehässige Maßregel. Manchmal ist er aber aus Gründen der Disziplin nicht zu vermeiden. Die Soldaten müssen vor der Berührung mit der sozialdemokratischen, wie mit der großpolnischen Agitation ferngehalten werden. Die Polen selbst üben den Boykott im größten Umfange. (Sehr wahr! rechts.) Fortwährend werden polnische Hetzschriften in das Heer eingeschmuggelt. Stellen Sie das ab, ehe Sie mit Ihren Klagen kommen. (Lebh. Beifall rechts und b. d. Natl.)

Abg. **Sagemann** (natl.) will sich wirklich kurz fassen (Bravo!) und verliest eine halbe Stunde lang Zitate aus sozialdemokratischen Zeitungen und Parteitagsprotokollen. Dann verbreitet er sich eine Viertelstunde lang über Bebels Aeußerung auf dem Münchener Parteitage in Sachen der Agrarfrage und droht, vorausgesetzt, daß die Soldatenmißhandlungen eingestellt und die Wünsche der Büchsenmacher befriedigt werden, der Sozialdemokratie die völlige Vernichtung bei den nächsten Wahlen an. (Beifall rechts und b. d. Natl., Lachen b. d. Soz.)

Hierauf läuft der gewohnte Schlußantrag des Blocks und des Zentrums ein. Er wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. In einer persönlichen Bemerkung erklärt

Abg. **Bebel** (Soz.) daß er auf die erneute Verdrehung seiner Aeußerung auf dem Münchener Parteitage nicht weiter eingehe, mit dem Kriegsminister aber bei der dritten Lesung Abrechnung halten werde.

Das Gehalt des Kriegsministers wird bewilligt. Es folgt die Abstimmung über die Resolutionen. Sämtliche Resolutionen werden angenommen, darunter auch die sozialdemokratische Resolution auf Erhöhung der Löhnung für Mannschaften und Unteroffiziere (gegen die Stimmen der Rechten)

Eine Reihe weiterer Kapitel werden ohne erhebliche Debatte bewilligt. Beim Titel „Beamte“ nimmt das Wort

Abg. **Hanisch** (Wirtsch. Vgg.): Meine Herren! (Bravo!) Ich werde mich kurz fassen. (Bravo!) Vielleicht werden Sie einwenden. (Rufe: Wir wenden garnichts ein!) Vielleicht werden Sie sagen. (Rufe: Wir sagen garnichts! Stürmische Heiterkeit.) Redner setzt noch ein paar Mal an und verläßt darauf unter schallender Heiterkeit des ganzen Hauses die Tribüne.

Abg. Dr. **Wagner** (Kons.) fordert, daß den Militärmusikern keine Militärbillette zur Fahrt nach Privatkonzerten gewährt werden, bei denen sie den Zivilmusikern Konkurrenz machen. (Zustimmung auf verschiedenen Seiten.)

Beim Titel „Mieten für Kasernen“ rügt

Abg. **Hoch** (Soz.), daß die Heeresverwaltung die Städte zwinge, den Mietszins unter den Baukosten zu halten.

Beim Kapitel „Pferdebeschaffung“ befürworten die

Abg. **Roxalla v. Bieberstein** (Kons.), **Wachhorst de Wendre** (Natl.), **Kreth** (Kons.), **v. Pfersen** (Zentr.), **Dr. Hahn** (Bd. d. Landw.), **Becker** (Zentr.) die konservative Resolution auf Erhöhung der Remontepreise.

Abg. **Günther** (freis. Vp.) und Abg. **Noske** (Soz.) sprechen sich gegen den ersten Teil der Resolution aus, während sie den zweiten Teil Forderung von Kreisanweisen) billigen.

Preußischer Kriegsminister **v. Einem** bestreitet, daß zu niedrige Preise gezahlt werden. Ich wollte nur etwas anderes sagen, aber ich kann die Notiz, die ich mir aufgeschrieben habe, nicht lesen. (Schallende Heiterkeit.)

Die Resolution wird in ihrem ersten Teile gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten, in ihrem zweiten Teile einstimmig angenommen.

Nach debattelosen Bewilligung eines Dutzend weiterer Kapitel vertagt das Haus die Weiterberatung des Militäretats auf Freitag 1 Uhr. (Außerdem Postetat.)

Schluß 7 Uhr.

Der Consuzeuprozeß

des Herrn Jesko v. Puttkamer, dessen Vorgeschichte wir dieser Tage gemeldet haben, fand Donnerstag vor der Kaiserlichen Disziplinarkammer in Potsdam statt. Er verlief wie das Hornberger Schießen.

Nach Feststellung der Personalien nimmt Kammergerichtsrat Dr. Kleinau das Wort, um die Anklage vorzubringen. Die Anklage umfaßt in sechs Punkte, von denen zwei die Verhaftung betreffen, während die übrigen vier sich auf einzelne Begebenheiten beziehen, der westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft „Viktoria“ ereignet. Der Angeklagte wird zunächst über den ersten Fall vernommen. Er will sich wegen des Passes für Frau v. Germar völlig guten Glauben gemeint haben. Nachdrücklich und doch sehr deutlich berichtet er: Als er die betreffende „Dame“ kennen gelernt habe, habe sie sich anfänglich „Fräulein v. Eckardstein“ bezeichnet. Er habe das für eine Art Hühnenaugen gehalten. Auch dem Gouverneur Seitzgemann habe die Ecke dasselbe Märchen erzählt. Er sehr deutlicher Weise habe er es immer verstanden, sich dadurch zu drücken, daß die Personalpapiere vorzulegen. Bald habe sie Schuld, sie leiste der der Mutter, bald dem Vormundschaftsgericht, da sie leider damals ein unmündiges Kind sei. Er sei nicht in der Lage gewesen, vor Ausstellung des ersten Passes den Wechsel zu kontrollieren, und den Vorwurf der Fahrlässigkeit muß er ganz entschieden zurückweisen. Als ihre [illegible] Anwesenheit in Kamerun Gerede erregt habe, habe er sich entschlossen, sie so schnell wie möglich mit dem gerade [illegible] dem Woermann-Dampfer nach Hause zu schicken. Auf den Vorhalt des Vertreters der Anklage, ob er nicht die Ausstellung eines Passes überhaupt habe ablehnen können, erwidert Puttkamer, er habe gewußt, daß es in Hamburg ziemlich scharfe Vorschriften gebe, und die Ecke habe ihn so lange gequält, bis er den Paß ausgestellt hatte. — In der weiteren Verhandlung spielt eine große Rolle der Entlastungsbrief, den die jetzige Frau v. Germar dem Angeschuldigten geschrieben hat, und worin sie ihm auf seinen Wunsch bescheinigt, daß sie sich ihm gegenüber selbst falsch genannt hat.

Herr v. Puttkamer hält sodann eine Rede über seine Eingeborenenpolitik aus dem Kamerungebirge, für die er das gute Recht des Eroberers in Anspruch nimmt. Im Gegensatz zu seiner Landpolitik sei das Ziel der Missionare: alles für die Eingeborenen, nichts für die Kultur. So habe sich ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen ihm und den Missionaren gebildet, und er habe sich oft gegen Anordnungen von Berlin wehren müssen. Die Begehrlichkeit der Eingeborenen sei immer gesteigert worden, und noch jetzt seien infolgedessen wüste Buschstrecken, wo in alter primitiver Weise weiter gearbeitet wird. Vielleicht sei er in der Belehrung der jungen Staatsbeamten etwas unvorsichtig gewesen. Er habe nie eine Gesellschaft begünstigt, habe jahrelang in Kamerun dem Tode ins Auge gesehen.

Zu der Beschuldigung, er habe die westafrikanische Pflanzungs-Gesellschaft Viktoria in einer die Interessen des Deutschen Reiches schädigenden Weise begünstigt, bemerkt der Angeklagte, er sei sich bewußt, in jeder Beziehung seine Pflicht getan und die Interessen des Reiches wahrgenommen zu haben. Er habe seine Tätigkeit nicht nur auf die Förderung der Gesellschaft Viktoria, sondern aller Pflanzungsgesellschaften gerichtet. Weiterhin rechtfertigt sich der Angeklagte gegen die Beschuldigung, in die Rechtspflege widerrechtlich eingegriffen zu haben, indem er dem Kameruner Friedensrichter erklärte, den Eingeborenen sei als Zeugen gegen Angestellte der Viktoria überhaupt kein Glaube beizumessen.

Der Ankläger, Kammergerichtsrat Kleine, schildert die Ecke als eine gemeingefährliche Hochstaplerin. Der Angeklagte wollte in Kamerun die Ecke nicht als seine Maitresse vorstellen und bezeichnete sie daher als seine Cousine. Als er aber die Wahrheit über die Ecke erfuhr, habe er sofort den betreffenden deutschen Marineoffizieren volle Genugtuung gegeben. Wenn dem Angeklagten auch nicht der Vorwurf gemacht werden könne, daß er wissentlich einen falschen Paß ausgestellt habe, so müsse doch die Klage wegen Fahrlässigkeit aufrechterhalten werden. Zum mindesten habe sich der Angeklagte im Sinne des Dolus eventualis schuldig gemacht. Die Anklage wegen Ausstellung des zweiten Passes auf den Namen Eckardt werde aufrecht erhalten. In der Angelegenheit der Instruktion an den Kameruner Friedensrichter könne die Anklage nicht aufrecht erhalten werden, denn die Eingeborenen lügen systematisch, und die Missionare werden von ihnen derartig angelogen, daß tatsächlich deren Aussagen nur mit Vorsicht aufgenommen werden können. Das Verfahren gegen den Angeklagten wegen Begünstigung der Pflanzungs-Gesellschaft Viktoria sei eingestellt. Was den Eingriff des Angeklagten in die Rechtspflege betrifft, so hätte der Angeklagte bedenken müssen, daß die Unabhängigkeit der Richter unverletzlich sein muß, hier im Mutterlande wie in den Kolonien. Der letzte Anklagepunkt betreffe die Einwirkung auf die Ecke bezüglich deren Zeugenaussagen. Wenn der Angeklagte auch hier in bester Absicht gehandelt habe, so sei doch zu erwägen, daß der höchste Beamte einer deutschen Kolonie die Pflicht habe, vorbildlich zu wirken. Der Angeklagte habe durch sein Handeln erkennen lassen, daß er seiner hohen Aufgabe nicht gewachsen war, und daß er das Ansehen des Reiches geschädigt hat. Er beantrage daher gegen Puttkamer Dienstentlassung.

Der Verteidiger, Justizrat Sello, plädiert für die Freisprechung des Angeklagten, dessen Name in der deutschen Kolonialgeschichte unvergessen sein werde. Nach fünfviertelstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende das gemeldete Urteil. Der Gerichtshof habe bezüglich des ersten Anklagepunktes die Gutgläubigkeit Puttkamers angenommen, er hätte aber als Beamter in so hoher Stellung sich genau informieren müssen, ehe er der Ecke den Paß ausstellte. Bezüglich der Ausstellung des Passes auf den Namen Eckardt habe der Gerichtshof nicht die Ueberzeugung gewonnen, daß der Paß tatsächlich ausgestellt sei. Bezüglich des Versuchs Puttkamers, das Zeugnis der Ecke zu beeinflussen, habe der Gerichtshof entschieden, daß sein Verfahren nicht mit seiner hohen Stellung vereinbar war. Bezüglich der Pflanzungs-Gesellschaft Viktoria liege keine Verletzung vor. Der oberste Beamte einer Kolonie habe nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, auf die Kolonialpolitik Einfluß auszuüben. In Puttkamers Eingriff in die Rechtspflege werde ein Dienstvergehen erblickt. Seitdem in den Kolonien dieselbe Rechtsprechung wie im Mutterlande bestehe, müsse hier wie dort die richterliche Unabhängigkeit unverletzlich sein. Bei der Strafbemessung sei erwogen, daß es sich um einen alten, treuen Beamten handelt, der sich um das Reich und die Schutzgebiete große Verdienste erworben hat, und der weder strafrechtlich, noch disziplinarisch vorbestraft sei.

Daher habe der Gerichtshof nicht auf Dienstentlassung erkannt. Wegen des Eingriffs in die Rechtspflege habe der Gerichtshof auf einen Verweis erkannt, wegen der beiden anderen Dienstvergehen auf 1000 Mk. Geldstrafe. — Daß die Verhandlung auch nur im geringsten Aufklärung gebracht hätte, können wir nach dem vorliegenden Bericht nicht behaupten.

Arbeiterbewegung.

Reform in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Post“, das Blatt der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine von Rheinland und Westfalen, fordert in einem längeren Artikel, die alte Hirsch-Duncksche Theorie von der Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit aufzugeben. Das Blatt weist darauf hin, daß die Reformbewegung in den Gewerkvereinen, die den entschiedenen Kampf für die Besserung der Arbeiterverhältnisse vertrete, sich von jeher gegen die alte Lehre von der Harmonie zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft gewendet habe. Noch keine Generalversammlung der Gewerkvereine habe sich müssen dagegen aussprechen, diese Theorie aufzugeben, obwohl sie in der Praxis längst über den Haufen geworfen sei. Dann heißt es weiter:

„Eben gibt der Generalrat der Maschinenbauer eine Broschüre heraus über die Lohnkämpfe des Gewerkvereins in 1906. Wir finden da Berichte von etwa 97 selbständig geführten Lohnbewegungen, meist solche mit, meist ohne Streik. Wer nun noch von Harmonie redet, belügt sich selbst, denn es gibt keinen schlagenderen Beweis gegen die Harmonie, als solch, wohl nicht zum ganz vollständige Sammlung von Lohnkämpfen eines Gewerkvereins aus einem Jahre. Angesichts dieser Tatsache [illegible] ob es [illegible] nicht angebracht sei, auf dem kommenden Verbandstage die Stellung der Gewerkvereine zum Unternehmertum zu besehen und die Harmonietheorie endlich aufzugeben?

zur Klärung der Köpfe in den Gewerkvereinen und zur Vereinheitlichung der Agitation wäre das sehr dienlich".

Es wäre wünschenswert, daß diese Einsicht bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen überall Anklang finden möchte. Wenn sich dieselben von der Wichtigkeit des Klassenkampfes überzeugen, dann ist schon ein großes Stück Weges zur Verständigung mit den freien Gewerkschaften zurückgelegt. Das Unternehmertum mit seiner rigorosen Aussperrungstaktik bei den geringsten Forderungen seitens der Arbeiter drängt ja mit aller Macht darauf hin, daß ihnen eine geschlossene Arbeiterschaft gegenübergestellt wird.

Zur Friedensliebe der Scharfmacher im Schneidergewerbe bringt unser Düsseldorfer Parteiblatt einen bezeichnenden Beitrag: Die Gehilfen und Arbeitgeber im Düsseldorfer Schneidergewerbe haben sich geeinigt, der Streik ist beigelegt. Wie die Scharfmacher im Unternehmerlager nun aber dem Friedensschluß nachkommen, zeigt folgendes Geheimzirkular:

Arbeitgeber-Verband
für das Schneidergewerbe Düsseldorfs.

Düsseldorf, den 18. April 1907.

An unsere Mitglieder!

Die Lohnbewegung hat infolge Einigung mit den Arbeitnehmern ihr Ende erreicht. Die neuen Tarife gehen unseren Mitgliedern sofort nach Fertigstellung zu, ebenfalls die Mitteilung, nach welcher Tarifklasse Sie zu entlohnen haben, und können nun neue Arbeiter eingestellt werden. Hierzu bemerken wir, daß in den nächsten 4 Wochen keine Arbeiter eingestellt werden dürfen, welche vor dem Streik in einem Geschäft eines unserer Mitglieder gearbeitet haben, es sei denn nur mit der ausdrücklichen Genehmigung des früheren Arbeitgebers.

Indem wir hoffen, daß das Solidaritätsgefühl unter den Mitgliedern immer mehr wachsen möge und sie sich im eigensten Interesse immer fester zusammenschließen, begrüßen wir Sie.

Der Vorstand.

Die Aussperrung soll also lustig weitergehen trotz des Friedensschlusses. Das Zirkular spricht für sich selbst. Es bedarf keines weiteren Kommentars. Kaum 24 Stunden nach dem Friedensschluß dieser ungeheure Kontraktbruch. Ein solches Vorgehen dürfte bisher einzig dastehen.

Jahresbericht des deutschen Zentral-Arbeitersekretariats. Im Jahre 1906 wurden beim Zentral-Arbeitersekretariat 1197 Streitfälle anhängig gemacht, gegen 1098 im Jahre 1905 und 968 im Jahre 1904. Mit den aus den Vorjahren auf das Berichtsjahr übergegangenen Streitfällen waren im Jahre 1906 insgesamt 1555 Fälle zu bearbeiten. Am Schlusse des Jahres waren davon durch Urteil entschieden 1287, unerledigt blieben 4 Streitfälle aus dem Jahre 1905 und 264 aus dem Jahre 1906. Von den erledigten Streitsachen treffen 1197 auf Unfälle, wovon 484 zu Gunsten und 436 zu Ungunsten der Verletzten entschieden wurden; in 283 Fällen wurde die Vertretung abgelehnt. Von den zur Erledigung gekommenen 86 Ansprüchen auf Rente [illegible] mußten 10 wegen vollständiger Aussichtslosigkeit zurückgewiesen werden, 4 wurden zurückgenommen. Von den 71 zur Verhandlung gekommenen [illegible] Fällen wurden 35 Renten der Versicherten und 3 Renten der Landesversicherungsanstalt zugesprochen. [illegible] wurde die Rente in 27 Fällen der Versicherten und in 6 Fällen der Landesversicherungsanstalten. Die absolut größte Anzahl der von der Vertretung an das Zentral-Arbeitersekretariat zur Vertretung eingereichten Streitfälle rührte vom Frankfurter Sekretariat her.

Solidarität der Buchdrucker. Einen [illegible] Beweis von Opferwilligkeit gaben die Leipziger Buchdrucker, indem sie in ihrer [illegible] Mitgliederversammlung den Hamburger Hafenarbeitern, die einen schweren und opferreichen Kampf gegen das übermächtige Unternehmertum hinter sich haben, 2000 [illegible] bewilligten. — Wenn auch dieser Kampf nun durch einen Vergleich beendet ist, so ist die Sammlung hiermit nicht aufgehoben, da ein schwerer Kampf im [illegible] Hafen nicht ganz ausgeschlossen erscheint.

Der Ausstand der Filzschuharbeiter in Gera ist beendet worden. Es wurde die [illegible] der [illegible] erreicht, ferner für Arbeiter eine Lohnerhöhung von 5 bis 10 Prozent und für die Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung von 7 Prozent.

Die Bäckergesellen in Stettin haben eine Bewegung zur [illegible] der Arbeitsverhältnisse begonnen. Sie verlangen die Abschaffung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber und einen Minimalwochenlohn von 21 Mark.

Die Bürstenmacher in Glückstadt [illegible] haben ihre Lohnbewegung mit Erfolg durch auf zwei Jahre gültigen Lohntarif abgeschlossen.

Die Schuhmacher in Nürnberg sind in den Ausstand getreten, weil sie [illegible] mit den Arbeitgebern in Differenzen geraten sind.

Die Dachdecker in Hanau haben wegen [illegible] die Arbeit [illegible].

Maurerstreik in Bamberg. Die Maurer sind in den [illegible] einer einzigen Firma [illegible] Mann im Streik.

3000 Weber im Streik. In der großen Webereien von [illegible] August Hoffmann in [illegible] sind [illegible] Weber in den Streik getreten.

Der Streik der Kesselschmiede in der Maschinenfabrik [illegible] dauert nach [illegible] Dauer [illegible] beendet worden.

Der Hamburger Bäckerstreik ist beigelegt. Die Gesellen haben [illegible].

Ein außerordentlicher Kongreß der belgischen Bergarbeiter [illegible]

Zum Gärtnerstreik in Paris. [illegible]

Revolte der Arbeitssklaven. Auf der Insel Santa Lucia haben die Kohlenträger Unruhen hervorgerufen. Eine Abteilung freiwilliger Truppen mit Maximgeschützen und 30 Mann von der Polizeitruppe sind dorthin abgegangen.

Statistik der internationalen Arbeiterorganisationen. In zehn Ländern Europas sind 4,474,849 Arbeiter, davon 259 554 Frauen, organisiert. Auf England entfallen 1,866,755; auf Belgien 148,483; auf Dänemark 92,697; auf Schweden 117,985; auf Norwegen 18,600; auf Deutschland 1,822,848; auf Oesterreich 71,178; auf Serbien 5074; auf Bulgarien 8800 und auf die Schweiz und Spanien 85,000 Gewerkschaftsmitglieder. Prozentualiter sind in Belgien 49, in England 26 und in Deutschland 24 Prozent organisiert.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Maifeierfrage nimmt der „Vorwärts" in einem Leitartikel Stellung, um die Haltung des Parteivorstandes zu rechtfertigen. Die Maifeier sei keineswegs von vornherein als eine durch Arbeitsruhe zu begehende Demonstration aufgefaßt worden. Erst allmählich habe sich der Gedanke der Arbeitsruhe mehr Boden in der Arbeiterschaft erobert. Aber trotz ungeheuren Wachstums ist das Proletariat noch nicht mächtig, das beweise die letzte Reichstagswahl und die Lohnkämpfe. Wenn in diesem Jahre angesichts der ganzen Situation die Arbeitsruhe nicht so groß sein wird, wie in früheren Jahren, so wird die Arbeiterschaft diesen Mangel in späteren besseren Jahren wieder einholen. Die Parole: Arbeitsruhe gilt auch in diesem Jahre, soweit sie möglich und durchführbar ist.

Unternehmer-Terrorismus zur Maifeier. Der Lübecker Verband der Metallindustriellen beschloß, alle Maifeiernden bis zum **13. Mai** auszusperren. Der ganze Haß des Unternehmertums über den einzigen Feiertag der Proletarier spricht aus dieser Drohung.

Die beleidigte Schutztruppe. Wegen Beleidigung der Schutztruppe, begangen zur Zeit des Reichstagswahlkampfes, wurde in Mannheim der Geschäftsführer des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter, Genosse Dettmering, zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Nicht weniger als 29 Klagen hat in Magdeburg ein Ingenieur Bernhardt gegen unser dortiges Parteiblatt angestrengt. Der Herr hatte sich à la Sudbland als Konsumvereinsvernichter aufgespielt und war in der „Volksstimme" und in Versammlungen entsprechend bedient worden. Die Klagen des Herrn Ingenieurs richteten sich gegen zwei Redakteure, die drei Firmenträger und fünf andere Genossen, von denen mehrere mit nicht weniger als sechs Anklagen beglückt worden sind. Eine Klage gegen den Genossen [illegible] ist bereits zur Verhandlung gekommen, in welcher dieser zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt wurde.

Aus den Gerichtssälen.

Ein Vergehen wider das Personenstands-Gesetz [illegible] im Dezember vorigen Jahres geborenes Kind seiner Braut beim Standesamt in [illegible] Kind anmeldete. [illegible] hat er dann das betreffende Mädchen geheiratet. Der Staatsanwalt beantragte deshalb vor der Breslauer Strafkammer gegen ihn eine Gefängnisstrafe von 3 Tagen Gefängnis. Das Gericht zog in Erwägung, daß die [illegible] nicht aus [illegible] Motiven erfolgt und erkannte deshalb auf die gesetzliche Mindeststrafe von einem Tage Gefängnis.

Die Heiligkeit des Eides [illegible]

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine als politische Vereine. [illegible]

lichen Weg so auslege, daß damit der gesetzgeberische Weg gemeint sei, so könne das Kammergericht an der Vorentscheidung nichts ändern, denn einen Rechtsirrtum lasse das Urteil nicht erkennen. Die Revision sei zu verwerfen. Das Kammergericht habe aber mit diesem Urteil keineswegs prinzipiell Stellung genommen gegen die Hirsch-Dunckerschen Vereine. Es sei nur an die tatsächliche Feststellung im vorliegenden Falle gebunden.

Uebrigens sind derartige Entscheidungen gegen freie Gewerkschaften nichts Neues. Gerade die Strafkammer in Glogau hat in den letzten Jahren in einer ganzen Reihe von Fällen gegen organisierte Arbeiter und die „Volkswacht" Urteile gefällt, die das größte Kopfschütteln wachriefen. Eine Kritik der Urteile veranlaßte dann den Landgerichtspräsidenten, regelmäßig Strafantrag gegen den vermeintlichen Uebeltäter zu stellen. Genützt hat das freilich nichts — trotz der verhängten Strafen. Nicht nur vertiefte sich die Berechtigung der Kritik, sondern die Strafkammer in Glogau mußte es mehr denn einmal erleben, daß die höchsten Gerichte deren Urteile in einer Weise korrigierten, die von den betr. Richtern nicht gerade angenehm empfunden sein mögen.

Versammlungen und Vereine.

*** Eine stark besuchte öffentliche Schmiedeversammlung** fand am Mittwoch Abend in der „Scala" statt. Als Referent war Gauleiter Peter aus Elbing erschienen. Redner wies darauf hin, daß die Schmiede leider die ganze Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges haben ungenutzt verstreichen lassen. Während sich in allen anderen Berufen die Arbeiter regten, um günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen, zerfleischten sich die Schmiede gegenseitig. Das kommt daher, daß sie keine einheitliche Organisation haben. Außer im Schmiedeverband und im Deutschen Metallarbeiterverbande befinden sich solche in den Hirsch-Dunckerschen, christlichen, katholischen und gelben Vereinen. Nach der Aussperrung vom vorigen Jahre hätte man denken sollen, die Breslauer Schmiede würden sich nun endlich energisch aufraffen, um ihrerseits mit Forderungen an die Unternehmer herantreten zu können, die Organisationsverhältnisse hätten sich aber nach der Aussperrung nicht mehr weiter gebessert, eher vielleicht könne von einer Verschlechterung gesprochen werden. Redner gab hierauf ein Bild der Mißstände im Berufe und forderte die Anwesenden zum Beitritt in den deutschen Schmiedeverband auf. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen zunächst die Kollegen Mose und Kordizke vom Schmiedeverbande und Kollege Franke vom Metallarbeiterverbande, sämtlich im Sinne des Referenten. Einige andere Redner schilderten noch verschiedene Mißstände im Berufe. Auf der Koseler Werft sind dreißig Schmiede wegen der Maßregelung eines Kollegen in den Ausstand getreten. Eine größere Anzahl der Versammlungsbesucher ließen sich zuletzt in den Verband aufnehmen.

42. Quittung.

Für den Reichstagswahlfonds gingen noch ein:

Bereits quittiert	8756.79 Mk.
Liste 250 (verloren) durch Beyer	1.05 „
„ 393 Distrikt 14 durch [illegible]	3.10 „
„ 398 Distrikt 14 durch Kurt Klose	1.00 „
Zusammen	8761.94 Mk.

Die Veröffentlichung erledigter Listen seitens des Wahlkomitees wird hiermit geschlossen. Ferner noch eingehende Listen sind an das Parteisekretariat abzuliefern.

Das Wahlkomitee.
J. A.: Max Wiener, Kassierer.

Breslauer Marktbericht.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission

Breslau, 25. April 1907. Per 100 Kilogramm

	gute höchst.	gute niedr.	mittlere höchst.	mittlere niedr.	gering. Ware höchst.	gering. Ware niedr.
Weizen weißer	19.40	18.50	18.50	18.20	18.10	16.60
Weizen gelber	19.30	19.20	18.40	18.10	18.—	16.50
Roggen	17.40	16.40	16.30	16.—	15.90	15.40
Braugerste	17.—	16.60	16.50	16.—	—	—
Gerste	14.50	14.30	14.20	13.90	13.80	13.50
Hafer	18.—	17.80	17.50	17.30	17.20	16.80
Viktoria-Erbsen	20.50	19.50	18.50	17.50	16.50	15.50
Erbsen	18.—	17.50	15.30	15.30	14.50	14.—

Heu per 50 Kilogr. 2.60—2.90 Mk.
Stroh per Schock 25.— bis 27.— Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl fest, per 100 Kilogramm Sack Brutto Weizenmehl 00, fest, 26.— bis 26.50 Mk. Roggenmehl 00, fest, 24.25 bis 24.75 Mk. Roggen-Hausbacken fest, 23.75 bis 24.25 Mk. Roggen-Futtermehl, fest, 12.50 bis 13.— Mk. Weizenkleie, fest, 11.50 bis 12.— Mk.

Die Bibliotheksstunden des sozialdemokratischen Vereins finden jeden Montag von 7—9 Uhr statt. Punkt 9 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.

Soeben erschienen:

Mai-Zeitung 1907.

Preis 10 Pfg.

Zu haben in der Expedition der Zeitung.

Ausschneiden und an uns einschicken!

An die Redaktion der „Volkswacht"!

Der Fleischermeister ....

wohnhaft .... fordert heute fürs Pfund

Schweinefleisch .... Pfg., Rindfleisch .... Pfg., Kalbfleisch .... Pfg., Hammelfleisch .... Pfg.

Name und Adresse des Abonnenten.